Nr. 25. Halle a. S., Donnerstag den 30. Januar 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse. Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition Geiststr. 21, Hof part. r.

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung. Dienstag, den 28. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. v. Klinkowström (kons.) durch Erheben von den Plätzen.

Präsident Graf **Ballestrem** übermittelt den Dank des Kaisers für den Glückwunsch des Reichstages zu seinem Geburtstag.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Hompesch (Zentr.) und Genossen der

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Abg. Dr. **Spahn:** Seitdem der Bundesrat im Jahre 1894 auf den Beschluß des Reichstages betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes ablehnend geantwortet hatte, hat er auf wiederholten Reichstagsbeschluß keine Antwort gegeben. Mit wirtschaftlichen Fragen hat diese Angelegenheit gar nichts zu thun. Die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reichtages verlangt eine endliche Antwort des Bundesrats. — Die Jesuiten haben sich als Ausgewiesene stets als Förderer des Deutschtums gezeigt und auf dem Gebiete der Wissenschaft Hervorragendes geleistet. Das Ausnahmegesetz trifft Leute, die nur die christliche Weltanschauung verteidigen, durch die das Deutsche Reich groß geworden ist. Ich hoffe, daß der Bundesrat dem wiederholt gefaßten Beschlusse des Reichstages nachkommen wird. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** In Stellvertretung des Herrn Reichskanzlers habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Anträge, welche den Gegenstand der vorliegenden Interpellation bilden, unterliegen der eingehenden Prüfung der einzelstaatlichen Regierungen. (Lachen im Zentr.) Von katholischer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die aushilfsweise Thätigkeit der Predigerorden, insbesondere des Ordens der Gesellschaft Jesu, eine notwendige Forderung für die Befriedigung der konfessionellen Bedürfnisse der Katholiken sei. Andererseits hegen weite Kreise der protestantischen Bevölkerung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten die lebhaftesten Besorgnisse. Diesen Widerstreit der Meinungen wird man auch nicht beseitigen können durch den Hinweis darauf, daß im modernen Staate die verschiedensten ethischen Richtungen im geistigen Kampf ihr Gegengewicht und ihren Ausgleich finden und daß ein solcher Kampf die natürliche Voraussetzung für die fortgesetzte Auffrischung des geistigen Lebens einer Nation sei.

Trotz der eingehenden Erwägungen ist zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen sich noch in dieser Session zur schwebenden Frage schlüssig machen werden und die Entschlüsse der verbündeten Regierungen werden dem Reichstage demnächst in der bisher üblichen Form mitgeteilt werden. — Auf Antrag des Abg. Rintelen (Zentr.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. **Stockmann** (Reichsp.): Wir sind nach wie vor gegen die Zulassung des Jesuitenordens, nicht weil wir Angst haben, sondern weil wir nicht wollen, daß unser Vaterland durch konfessionelle Streitigkeiten vergiftet wird. (Oho! i. Centr.) Wir hoffen, daß die Entscheidung der Regierung bald und mit einem klaren unzweideutigen „Nein“ fallen wird.

Abg. **Blos** (Soz.): Die Ausführungen, die Graf Posadowsky hier im Namen des Reichskanzlers gemacht hat, deuten nicht auf eine baldige Antwort hin. Denn diese Session dauert noch sehr lange, bis nämlich der Zolltarif fertig ist. (Heiterkeit.) Wir halten die Jesuiten für ungefährlich; wer sich vor ihnen fürchtet, dem geschieht es ganz recht, wenn ihm das Fell über die Ohren gezogen wird. Sollte infolge der heutigen Erklärung des Reichskanzlers der Zolltarif nicht zu stande kommen, so würden wir nichts dagegen haben. Zur Beseitigung des Jesuitengesetzes giebt es ein einfaches Mittel. Die Regierung braucht für ihre Weltpolitik eine Bewilligungspartei. Diese war in den letzten Jahren das Zentrum. Wenn Sie (zum Zentrum) alle Mitglieder des Jesuitenordens werden, wird sich die Regierung schnell zur Aufhebung des Jesuitengesetzes verstehen. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Staudy** (kons.): Wir erwarten von der Regierung keine zustimmende Antwort, denn die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Zulassung der Jesuiten eine Gefährdung des konfessionellen Friedens. Ein Teil meiner Freunde will § 2 des Jesuitengesetzes aufheben, ein anderer lehnt auch dieses ab.

Abg. Fürst **v. Radziwill** (Pole) ist für Aufhebung des Jesuitengesetzes. Die katholische Bevölkerung muß es als eine Kränkung der Kirche ansehen, wenn der Staat darüber bestimmen will, wie die Kirche ihre Souveränität auf ihrem eigenen Gebiet ausüben will. (Bravo im Zentrum.)

Abg. **Büsing** (natl.): Wir sind für Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes, wünschen aber eine klare Haltung der Regierung. Ein Teil meiner Freunde wünscht die Aufhebung des § 2, ein anderer lehnt auch dieses ab.

Abg. **Schrader** (Freis. Vereinigg.): Ein Teil meiner politischen Freunde ist der Anschauung, daß das ganze Jesuitengesetz aufzuheben ist, ein anderer will nur den § 2 aufheben. Vor allem aber wünschen wir, daß bald ein Beschluß des Bundesrats erfolgt, damit das auf mehreren Seiten vorhandene Mißverständnis beseitigt wird.

Abg. **Richter** (Freis. Volksp.): Den Ausführungen des Vorredners kann ich mich durchaus anschließen. Die Stellung meiner Freunde zur Sache selbst ist unverändert. Wir sind aber einstimmend der Ansicht, daß § 2 aufzuheben ist, in Bezug auf § 1 sind die Ansichten geteilt.

Abg. **Dr. Bachem** (Zentrum): Die Gründe für das Fernbleiben des Reichskanzlers bei einer so überaus wichtigen Angelegenheit sind uns nicht bekannt gegeben worden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Da ich nun nicht sagen will, ich kenne die Gründe des Reichskanzlers nicht, aber ich mißbillige sie (Heiterkeit), so will ich annehmen, daß der Herr Reichskanzler wirkliche Gründe für sein Fernbleiben gehabt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) — Graf Posadowsky hat uns eine Erklärung verlesen und ist dann wieder verschwunden. Um so mehr freut es mich, daß wenigstens von den übrigen Herren Bundesratsmitgliedern heute eine Anzahl aushält. (Staatssekretär Graf Posadowsky betritt den Saal.) — Zunächst muß ich konstatieren, daß der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers wieder erschienen ist. (Große Heiterkeit.)

An die übrigen Bundesratsmitglieder richte ich die Frage, ob sie sich wirklich die neuliche Aeußerung des Herrn Reichskanzlers über die Stellung der Bundesratsmitglieder gefallen lassen wollen. Eine solche Herabsetzung hat wohl noch kein Bundesrat schweigend ertragen. Seit 6 oder 7 Jahren liegt der Beschluß des Reichstages vor und bis heute soll sich der Bundesrat noch immer nicht zu einer Entschließung haben ermannen können? Wenn Sie die Jesuiten nicht zum ehrlichen Kampf zulassen, fühlen Sie dann nicht, daß Sie sich damit selbst ein Zeugnis der Schwäche ausstellen? (Sehr wahr! im Zentrum.)

Im Auslande sind die Jesuiten zugelassen, ohne daß sich irgend welche Störungen daraus ergeben haben. Wir verlangen die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Interesse des gesamten Deutschen Reiches, das nicht ein Rechtsstaat genannt werden kann, so lange ein Teil des Volkes außerhalb der Gesetze steht. (Bravo! im Zentrum.) Gerechtigkeit überall, auch für die Jesuiten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Delsor** (Els.): Wir Elsaß-Lothringer haben besonders wenig Ursache, Freunde einer Ausnahme-Gesetzgebung zu sein. Das Jesuitengesetz ist ein Bruder des Diktaturparagraphen. (Sehr wahr! links.) Wir verlangen daher die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes.

Abg. **Stöcker** (wildkons.): Ich bin für die Freiheit beider Kirchen (Bravo!), aber ich muß sagen, die Gehässigkeit beider kirchlichen Richtungen ist leider gleich groß. Mein Ideal liegt in den Anfängen des vorigen Jahrhunderts, wo jede kirchliche Richtung das Gute bei der andern erkannt hat. (Bravo!)

Staatssekretär Graf **Posadowski:** Ich muß der Auffassung des Abg. Bachem in Bezug auf die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats entgegentreten. Was der Herr Reichskanzler seiner Zeit in dieser Beziehung gesagt hat, entspricht durchaus der verfassungsmäßigen Natur dieser Körperschaft. Der Bundesrat ist kein Parlament, kein Oberhaus, sondern die Vertretung der deutschen Fürsten und Staaten. Die Bundesratsmitglieder haben bei Abstimmungen lediglich das Votum abzugeben, das ihnen von ihrer Regierung vorgeschrieben wird. — Weiter ist mir von einem Abgeordneten der Linken vorgeworfen worden, meine Erklärungen, die ich über das staatliche Verhältnis des Reichskanzlers zum Bundesrat abgegeben habe, seien abweichend von meiner Erklärung während der Debatte über den Etat des Reichsamtes des Innern. Auch das ist nicht richtig. Die Sache vollzieht sich im Bundesrat derart, daß der Reichskanzler oder auch eine einzelne Regierung einen Antrag beim Bundesrat einbringt. Der Bundesrat prüft diesen Antrag, berät ihn, ändert ihn in vielen Fällen ab. Das Plenum macht sich dann über diese Vorlage der Ausschüsse schlüssig. Der verantwortliche Reichskanzler steht dann vor der Frage, ob er geneigt ist, diesen Beschluß des Bundesrates zu vertreten oder nicht.

Eine Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Bundesrat, daß er verlangen solle, seine Vorlage würde unverändert angenommen, ist vollkommen ausgeschlossen. Der Reichskanzler ist auch nicht in der Lage, jedem abändernden Beschluß des Bundesrats gegenüber die Kabinettsfrage zu stellen. Der Fall kann eintreten, obgleich er sehr unwahrscheinlich ist. (Abg. Singer: Sehr unwahrscheinlich! Heiterkeit.) Mit meinen letzten Ausführungen habe ich nur gesagt, daß für die Politik, die im Reiche getrieben wird, nicht ein einzelner Beamter verantwortlich ist, sondern die gesamten verbündeten Regierungen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abgeordneten Dr. Bachem (Zentr.) und Schrader (Freis. Vp.).

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

(Tit. Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. **Stolle** (Soz.): Die Fortschritte unserer Sozialreform sind außerordentlich gering, aber nicht einmal die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter werden innegehalten. Besonders das Ueberstundenunwesen hat sich in Sachsen in großem Umfange ausgebildet. Gerade in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit sollten doch alle Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) In ihrem Hunger nach Ueberstundenarbeit schrecken die Unternehmer, gestützt auf die Macht des Zentralverbandes, vor keiner Gewalt-

---

5] [Nachdruck verboten.]

Lotti, die Uhrmacherin.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

So blieben sie denn in ihrem Besitze, wenn auch nicht ohne manchen harten Kampf. Die Sammlung Meister Feßlers war allmählich doch in einem Kreise von Kennern und Liebhabern zu dem ihr gebührenden Rufe gelangt. Es fehlte nicht an zudringlichen Leuten, die trotz der standhaften Zurückweisungen, die sie erfuhren, immer wieder erschienen, immer neue Bewerbungen anstellten, immer glänzendere Anerbietungen machten. Das war denn oft herzlich langweilig, trug aber nur dazu bei, die Liebe, welche Lotti für ihre Uhren empfand, noch zu erhöhen. Sie hörte niemals auf, ihnen ihre Sorgfalt angedeihen zu lassen, und wenn es noch so viel zu thun gab, und wenn die Zeit noch so sehr drängte, ging sie nicht an ihr Tagewerk, ohne ihren Uhren einen Besuch abgestattet zu haben. Hätte sie das jemals unterlassen müssen, die rechte Begeisterung, die rechte Lust zur Arbeit hätte ihr gefehlt.

Auch heute war sie an das Schränklein getreten, das in der Ecke stand neben der Schlafzimmerthür, dem großen Schreibtisch gegenüber. Eben fiel ein Sonnenstrahl schräg durch das Fenster auf das Kästchen, auf Lottis Hände, und als sie die erste Lade öffnete, schlüpfte er sogleich hinein. Prächtig war's, wie er die kleinen ehrwürdigen Meisterwerke beleuchtete, welche darin auf einem Bettlein von purpurrotem Sammet lagen.

Die glatten Gehäuse aus Messing, Krystall, Silber und Gold und die reichverzierten, und die durchbrochenen und in diesen die sorgfältig geputzten, polierten und wieder zusammengesetzten Werke erglänzten und gaben dem leuchtenden Strahl des Lichtes, der sie in ihrer Verborgenheit und Ruhe zu besuchen kam, seinen Gruß zurück. Das war Lade Nummer Eins!

Sie enthielt drei sogenannte „lebendige Nürnberger Eier“ und drei „Halsorln“. Kein einziges Stück jünger als dreihundert Jahre, manches noch älter und gerade die ältesten von der künstlichsten Beschaffenheit. Was wollten sie nicht alles können, diese kleinen Maschinen, was trauten sie sich nicht zu? Sie begnügten sich keineswegs damit, die bürgerlichen Stunden anzuzeigen und zu schlagen und den Schläfer zu wecken, wann immer es ihm beliebte, auch den Wochen- und Monatstag verzeichneten sie, kontrollierten die Aspekte und Phasen des Mondes und behaupteten, den Stand der Sonne nachweisen zu können. Sie wandten den Himmelszeichen ihre Aufmerksamkeit zu, wußten Auskunft zu geben über die Sternzeit und nahmen Notiz vom türkischen Kalender . . .

Wahrhaftig, die braven Männer, denen sie ihre Entstehung verdankten, hatten sich Schweres vorgesetzt — und mit wie geringen Mitteln gedachten sie es zu erreichen! Mit Spindelechappements — mit Löffelunruhen, deren kläglich humpelnder Gang von einer Schweinsborste reguliert wurde! Sie verfertigten alle Räder aus Eisen, und von einer Schnecke war ihnen noch nicht einmal eine Ahnung aufgekommen.

Aber so ärmlich ihre Kunst, so reich war ihr Vertrauen. Sie wußten — das heißt, sie glaubten, und weil sie glaubten, wußten sie — daß Schwäche zur Stärke erwachsen kann, wenn nur der rechte Segen auf ihr ruht. Kühn und demütig zugleich riefen sie die Hilfe desjenigen herbei, dem nichts unmöglich ist, und stellten die Werke ihres Fleißes unter seinen allmächtigen Schutz, empfahlen sie auch wohl der Fürsprache der Mutter Gottes oder eines vornehmen Heiligen. Einer der alten Meister hatte in den Boden des Federhauses, das die Kraft umschließt, von welcher alle Bewegung ausgeht, die das ganze Getriebe gleichsam beseelt, den Namen Jesu eingegraben. Von einem andern war, aus dem feingeschnittenen, prächtig ornamentierten Monogramm der heiligen Jungfrau Maria, der Schutzdeckel des Zifferblattes gebildet worden. Auf der Innenseite des Gehäuses standen die Worte eingraviert:

Kaspar Werner hat mich gemacht
Vnd der heiligen Jvngfrav dargebracht
Da - man - zeit - 1541.

Immer reichere Schätze gelangten zum Vorschein, als Lotti Lädchen um Lädchen öffnete und schloß. Taschenuhren in den verschiedensten Formen, achteckig, rund, oval, elliptisch, sternförmig, in Gehäusen aus Gold und Silber, aus Smaragd, Rauchtopas, Bergkrystall. Unter anderen gab es eine Uhr in Kreuzform, mit dem Augsburger „Stadtphyr“, „Wardein- und Wichszeichen“ versehen. Das Gehäuse, das Zifferblatt und der innere Deckel waren mit Darstellungen des Leidens Christi bedeckt, die dem besten Künstler zur Ehre gereicht hätten. Leider fehlte das Meisterzeichen. Aber mit Blindheit hätte man geschlagen sein müssen, um nicht sogleich zu erkennen, daß die prächtige deutsche Arbeit aus der Zeit Kaiser Rudolf II. stammte und vermutlich von Hans Schlotheim hergestellt worden war.

Ueber den Ursprung ihrer nächsten Nachbarin, gleichfalls kreuzförmig, mit Gehäuse aus einem Stück Rauchtopas, konnte kein Zweifel obwalten. Ihr Schöpfer hatte sie nicht namenlos in die Welt geschickt, sondern neben dem Stellungsrade brav und deutlich sein „Konrad Kreizer“ eingeschrieben.

Eine ganze Schar anmutiger Französinnen folgte. Köstliche Uehrchen, geschmückt mit Email-Malereien von den Brüdern Huaut, oder mit erhaben geschnittenen Blumen, mit buntem Blattwerk, mit durchbrochenen Arabesken aus vielfarbigem Golde. Die Sammlung enthielt nicht minder merkwürdige Arbeiten von Tompion in England, Albrecht Erb in Wien, Gerard Mut in Frankfurt, Matthäus Degen, Christoff Strebell. Kurz, es fehlten wenig große Namen, und wer die vorhandenen mit recht scharfen Augen betrachtete, der sah mehr, als nur Namen in eine Metallplatte eingeritzt, der sah das Wesen des Meisters in seinem Werke sich spiegeln.

Nach all den köstlich verzierten Stücken erschienen die einfachen Taschenuhren von Pierre le Roy, Berthoud, Breguet, eine Emmery . . . Ach, die weckt traurige Erinnerungen, mahnt an die große Enttäuschung in Lottis Leben. Mit einer solchen Uhr in der Hand trat dereinst . . . Hinweg! — Schlafe du nur ruhig weiter. Hinweg von dir zu dem unerhörtesten Kuriosum der Sammlung — zu der Seetaschenuhr von Mudge dem Ersten.

(Fortsetzung folgt.)

Aphorismen.

Von Marie Ebner-Eschenbach.

Der Gescheitere giebt nach! Ein unsterbliches Wort. Es begründet die Weltherrschaft der Dummheit.

*

Die größte Nachsicht mit einem Menschen entspringt aus der Verzweiflung an ihm.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020130-16/fragment/page=0001

that zurück. Das haben erst jüngst die Meeraner Weber erfahren. So wurden von den dem Zentralverbande angehörigen Fabrikanten 2000 Arbeiter aufs Straßenpflaster gesetzt, weil sich 5—600 Arbeiterinnen geweigert hatten, Ueberstunden zu machen. Dadurch wurden natürlich die kleinen Geschäftsleute geschädigt. Das ist der Schutz des Mittelstandes, von dem Herr Dr. Oertel so schöne Worte zu machen versteht.

Der Zentralverband kennt keine Gnade. So sollte schon ein Regiment Soldaten herbeigeholt werden, um mit blauen Bohnen den Arbeitern zu beweisen, daß sie sich zu fügen haben. (Gört! Hört! bei den- Soz.). Ein Fabrikant, an dessen Menschlichkeit die Arbeiter appellierten, erklärte offen: „Ich bin durch eine Konventionalstrafe von 1000 Mk. gebunden. Ein solches Vorgehen der Unternehmer ist geradezu gemeingefährlich. Was von der Ueberarbeit gilt, das gilt auch von der Sonntagsarbeit. So ist im Glauchauer Bezirk die Genehmigung zur Sonntagsarbeit an 42 Sonntagen erteilt worden. Eine Abänderung kann nur eintreten, wenn das Recht der Genehmigung ausschließlich den Aufsichtsbeamten erteilt wird.

Hierzu kommen noch weitere Beschränkungen der Arbeiter. In 4 Orten des Bezirkes Chemnitz ist es den Arbeitern unmöglich gemacht, Versammlungen abzuhalten, ebenso im Glauchauer Bezirk; ihre Gewerkschaftsversammlungen werden als öffentliche Versammlungen behandelt.

Ueber mangelhafte Unfallverhütungen berichten die Fabrikinspektoren aus Breslau, Elbing und Magdeburg. Der Breslauer und Magdeburger Bericht weisen vor allem auf die zahlreichen Betriebsunfälle hin, die auf den Bauten vorkommen. Der Magdeburger Inspektor beklagt sich, daß die unteren Verwaltungsbehörden sehr mangelhaft über solche Unfälle berichten. Die Berichte zeigen, daß man von einer wirklichen Sozialreform noch nicht sprechen kann. Wenn dem Verlangen der Arbeiter, auch ihre Organisationen zu hören, stattgegeben würde, würde sich ein Bericht, wie ihn der Magdeburger Inspektor giebt, nicht wiederholen brauchen. Vielfach fehlt bei den Bauunternehmern die scharfe polizeiliche Ueberwachung, die die Arbeiter gewöhnt sind. — Der Inhalt der Berichte über die Kinderarbeit ist schrecklich. Die Broschüre eines Schuldirektors hat diese Zustände an die Oeffentlichkeit gezogen. Da heißt es als Ursache der Kinderarbeit: Eltern tot, Mutter Witwe, Vater arbeitslos ꝛc. — Wenn Sie Ihren Patriotismus beweisen wollen, dann sorgen Sie hier für schleunigste Abhilfe im Interesse des Wohles und des Glückes der heranwachsenden Menschheit. (Beifall b. d. Soz.)

Sächs. Bundesratsbevollmächtigter Dr. **Fischer**: **Was die Meeraner Arbeiteraussperrung anbetrifft, ist die Vereinbarung der Konventionalstrafe unter den Arbeitgebern eine rein zivilrechtliche Abmachung, in die die Verwaltungsbehörden nichts hineinzureden haben. In der in Sachsen geübte Praxis bezüglich der Ueberstundenarbeit ist eine durchaus gesetzliche. — Wenn in einem Bezirk die Arbeiter kein Versammlungslokal erhalten können, so können dafür nicht die Verwaltungsbehörden, sondern nur die Gastwirte. Im übrigen ist sich meine Regierung der herrschenden Mißstände wohl bewußt und wird gern bereit sein, die Mittel zur Beseitigung dieser Mißstände zu unterstützen. In der Revision der Fabrikbetriebe steht Sachsen an der Spitze, und das ist den Sozialdemokraten sehr unangenehm. An dem schlechten Verhältnis zwischen Arbeitern und Gewerbeinspektoren ist nur die Verhetzung gegen diese von gewisser Seite schuld. Herr Südekum wies darauf hin, daß vielfach Mitglieder von Berghehörden im Aufsichtsrat von Bergwerksgesellschaften sitzen. Für Sachsen kann das nicht zutreffen, denn hier sind die Bestimmungen sehr streng. Sogar für pensionierte Beamte ruht die Pension, solange sie Remunerationen als Aktionäre beziehen. Wenn Herr Südekum sagt, daß ihm ein höherer sächsischer Regierungsbeamter zugestanden habe, daß auch er Sozialdemokrat werden würde, wenn er unter solchen Zuständen zu leiden hätte, so kann ich das erst glauben, wenn er mir den Namen des betreffenden Beamten nennt. (Große Heiterkeit b. d. Soz.)**

Abg. **Pauli**-Potsdam (wildkons.) beschwert sich über die Handhabung des Gesetzes betr. die Bildung von Zwangsinnungen. Redner wünscht weiter schleunige Regelung der Frage des Befähigungsnachweises im Baugewerbe. Man hat die Hinzuziehung von Arbeitern gewünscht; ich fürchte, daß dieselben nicht unabhängig urteilen werden.

Abg. **Dr. Esche** (natl.) plädiert für eine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus. Von der Regierung ist auf dieses Gebiete noch so gut wie nichts geschehen. Amerika hat seinen Aufschwung namentlich seiner energischen Bekämpfung des übermäßigen Alkoholismus zu verdanken. Wir sollten in dieser Beziehung von den Amerikanern lernen. Die Wehrfähigkeit unserer Armee hängt wesentlich von der Mäßigkeit ihrer Angehörigen ab. Auch haben sich glücklicherweise schon eine große Anzahl abstinenter Arbeitervereine gebildet. Sehr wünschenswert wäre eine Verfügung, die den Fabrikbesitzern vorschreibt, für ihre Arbeiter stets frisches Trinkwasser vorrätig zu halten. — Ich bitte den Herrn Staatssekretär, auch die Regelung dieser Frage in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen. (Bravo! b. d. Natl.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. 1. Antrag Bassermann (natl.) betr. kaufmännische Schiedsgerichte; 2. Anträge Gröber-Rickert betr. Aenderung des Wahlgesetzes; 3. Toleranzantrag Dr. Lieber (Ztr.) 2. Lesung.

Abg. **Schrader** (Fr. Vkp.) — zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die verbündeten Regierungen sich bei der Beratung des zweiten Antrages (Zuruf b. d. Soz.: aller) vertreten lassen möchten. (Bravo.)

Schluß 6¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle 29. Januar.

Deutscher Reichstag.

Gestern ging die lang angekündigte Aktion des Zentrums wegen der Aufhebung des Jesuitengesetzes vor sich. Die regierende Partei ist es ihren Wählern schuldig, von Zeit zu Zeit der Regierung ein böses Gesicht zu machen. Gerade in der Jesuitenfrage hat sie auch allen Anlaß, sich über mangelndes Entgegenkommen zu beklagen. Vor drei Jahren hat der Reichstag die Aufhebung des Jesuitengesetzes beschlossen und seit drei Jahren ist der Bundesrat still wie das Grab. Aber schon die Wahl des Redners, der die Zentrumsinterpellation begründete, war ein Beweis dafür, daß die Ultramontanen der Jesuiten wegen ihre Regierungsfähigkeit nicht einbüßen wollen. Es war Herr Spahn, der in sehr zurückhaltender Art die Frage an den Reichskanzler stellte, wann der Bundesrat seine Antwort denn endlich geben werde. Graf Bülow war persönlich nicht erschienen. An seiner Stelle verlas Graf Posadowsky eine Erklärung, die ganz aus dem Geiste der Bülowschen Schaukelpolitik geboren war. Sie spielte mit einerseits — andererseits und sagte schließlich die Antwort des Bundesrats noch für diese Session zu. Es hat ganz den Anschein, als wenn die Regierung auch diesmal zu einem Nein kommen wird. Graf Bülow aber geht wie immer der Entscheidung so lange wie nur möglich aus dem Wege und so hat er sich auch in dieser Frage eine Gnadenfrist ausbedungen. In der Besprechung wurde von den Rednern aller Parteien die Verzögerung der Antwort bedauert. Die Stellung der Parteien zu der Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes selber hat sich nicht geändert. Nach wie vor sind es neben Zentrum, Polen und Elsässern nur wir, die unbedingt für die Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten eintreten. Die Erklärung, die im Namen unserer Fraktion Genosse Blos gab, war reich an humoristischen Spitzen gegen die Interpellanten. Er gab dem Zentrum den guten Rat, die Beseitigung des Jesuitengesetzes dadurch herbeizuführen, daß seine Mitglieder sämtlich dem Jesuitenorden beitreten. Dann werde die Regierung die Ausnahmebestimmung gegen die Jesuiten schon beseitigen müssen, weil sie ja sonst die unbedingte Bewilligungspartei verlieren würde, die sie jetzt im Zentrum habe. — Die Besprechung führte schließlich zu breiten staatsrechtlichen Auseinandersetzungen über die Rolle des Bundesrats.

Nach Erledigung der Interpellation wurde die Generaldebatte über das Gehalt des Staatssekretärs des Innern fortgesetzt. Genosse Stolle beleuchtete die sächsischen Fabrikinspektoren-Berichte und geißelte den Unfug, der mit der Bewilligung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit getrieben wird. Aus der Erwiderung des sächsischen Geheimrats Fischer ist nur hervorzuheben, daß er große Mißstände auf dem Gebiete der Hausindustrie anerkannte. — Der Potsdamer Tischlermeister Pauli brachte alsdann Innungsschmerzen zur Sprache, während der nationalliberale Dr. Esche die Regierung zum Kampfe gegen den Alkoholismus aufforderte.

Am Mittwoch ist Schwerinstag. Zur Verhandlung kommt der Antrag Bassermann betr. kaufmännische Schiedsgerichte, die Anträge zum Schutz des Wahlgeheimnisses und der Toleranzantrag des Zentrums.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus verhandelte am Dienstag über den landwirtschaftlichen Etat. Herr v. Podbielski, der mit sichtlicher Redelust bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Debatte eingriff, erhielt zwei Vertrauensvota: ein konservatives von dem Stettiner Zeitungsverleger und agrarischen Heißsporn Malkewitz und ein nationalliberales vom Abg. Wamhoff. Zunächst kam es zu einigen kurzen Erklärungen in der Frage der Staatsaufsicht über die Hypothekenbanken; man bekam dabei nichts Neues zu hören. Pikanter war ein kleiner Zusammenstoß zwischen dem Zentrum und dem Bunde der Landwirte. Der Zentrumsabgeordnete Frhr. v. Eynatten beklagte sich in sehr milder Form über den Einbruch derer um Diederich Hahn in altes Zentrumsland, was Herrn Malkewitz Anlaß bot zu einigen Worten scheinbarer Bußfertigkeit und offenkundiger Schadenfreude. Er meinte, der Bund müsse den Zentrumsherren manchmal „das Gewissen schärfen". Auf seine den Husarenritt der Landbündler verherrlichenden Aeußerungen wagte Herr de Witt vom Zentrum nur ziemlich schüchtern zu reagieren. Mit Haut und Haaren ist das Zentrum dem agrarischen Terrorismus verfallen.

Zum Wortführer schutzzöllnerischer Bestrebungen machten sich dann die Zentrumsabgeordneten Dasbach und Schmitz-Düsseldorf mit der Forderung eines gegenüber der Regierungsvorlage erhöhten Zollsatzes für Quebrachoholz und andere Gerbmaterialien. Der Quebrachozoll beträgt im Zolltarifentwurf 1 Mark für den Doppelzentner; besonders Herr Schmitz konnte sich nicht genug thun mit der Behauptung, ein so niedriger Zoll sei der Ruin der deutschen Eichenschälwaldungen. Die Antwort, die Herr v. Podbielski gab, wird den Agrariern der Rechten wie des Zentrums wenig lieblich in die Ohren geklungen haben, der Minister hält die deutschen Schälwaldungen für dem Untergange geweiht. Für ihn handelt es sich nur darum, bis zur Einführung der Mineralgerbung den Besitzern dieser Waldungen die Möglichkeit zur Ueberführung in einen anderen Betrieb zu bieten. Herr v. Podbielski hatte aber im übrigen den Agrariern nur Angenehmes zu sagen; über die Grenzsperre für Schweine sprach er so, daß es Graf Bülow nicht besser hätte machen können. — Am Mittwoch kommt zuerst der Etat der Gestütsverwaltung an die Reihe.

Ein Sieg.

Im 10. sächsischen Wahlkreise (Döbeln-Roßwein) ist, wenn die vom Wolffschen Telegraphenbureau übermittelten Zahlen richtig sind, der Kandidat unserer Partei gewählt worden.

Nach dem vorläufigen Ergebnis erhielten: Fabrikbesitzer Grünberg-Hartha (Soz.) **10785** Stimmen, Landtagsabgeordneter Dr. Vogel-Dresden (natl.) 5610, Gutsbesitzer Sachsse (Bund d. L.) 4243 Stimmen; nur das Ergebnis aus einem ländlichen Wahlkreis fehlt.

Unser Kandidat ist demnach den beiden Mandatbewerbern aus dem Lager der Zollwucherer um 932 Stimmen voraus. Das ist ein Vorsprung, der durch die Ergebnisse des noch fehlenden ländlichen Wahlbezirkes, selbst wenn sich darunter Stimmen für unseren Kandidaten nicht befinden sollten, kaum noch eingeholt werden kann. Im Jahre 1898 sind bei der Hauptwahl insgesamt 21102 Stimmen abgegeben worden. Das vorläufige Ergebnis der gestrigen Wahl ist 20638 Stimmen, es fehlen demnach nur noch **464 bis** zu der Zahl von 1898. Zweifellos wird die Wahlbeteiligung dieses Mal stärker gewesen sein wie 1898, doch ist in dem Kreise Döbeln-Roßwein eine große Steigerung nicht mehr möglich, da hier schon 1898 die Wahlbeteiligung außerordentlich rege war.

Aber selbst wenn die Schlußzahlen unseren Sieg im ersten Wahlgange noch nicht ergeben sollten, können wir auf das Resultat stolz sein, während die Zollwucherer und die Regierung alle Ursache haben, es sich zur Beherzigung dienen zu lassen. 1898 erzielte unser Kandidat in der Hauptwahl 9758 Stimmen, nach dem vorläufigen Resultat sind gestern 10785 Stimmen abgegeben worden, also **1027** mehr, d. h. unsere Stimmenzahl ist um rund **10,5 Prozent** gestiegen. Die für unseren Kandidaten diesmal abgegebenen Stimmen übersteigen sogar diejenigen der Stichwahl von 1898. Bei dieser stimmten für Grünberg 10681 Wähler, so daß das vorläufige Resultat ein Plus von 104 Stimmen ergiebt.

Bestätigt es sich, daß Genosse Grünberg gewählt worden ist, dann sind von den 23 sächsischen Reichstagswahlkreisen 12, also die größere Hälfte, sozialdemokratisch vertreten. Auch in der Vertretung im Reichstag kommt es demnach zu eklatantem Ausdruck, daß die Mehrheit des sächsischen Volkes gegen den Zollwucher, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und für den Sozialismus ist.

Der alte Hofrat von Göthe ist noch 70 Jahre nach seinem Tode berufen, eine diplomatische Mission zu erfüllen. Wilhelm hat an seinem Geburtstage dem Bürgermeister der Stadt Rom telegraphisch mitgeteilt, daß er der Stadt ein Marmordenkmal Göthes übersende zum Dank für die gastliche Aufnahme, die er seiner Zeit in Rom gefunden und als „dauerndes Wahrzeichen der aufrichtigen und herzlichen Sympathien, die mich (Wilhelm II.) und Deutschland mit dem schönen Italien verbinden".

Exzellenz Göthe hat eine erstaunliche Karriere gemacht. Vor zwei Jahren war er der geistige Führer der parlamentarischen Obstruktion bei der lex Heinze, die von dem „vaterlandslosen Gesellen" Singer und dem „stets verneinenden" Richter geführt wurde, voriges Jahr benutzte ihn Bülow, um der Figur Bismarcks ein Relief zu geben und jetzt ist er gar ein diplomatischer Spezialvertreter der Dreibundspolitik, ein Kollege des geistreichen Grafen Bülow, geworden. Dafür war er freilich auch ein Genie!

Der Prinz von Wales ist gestern von Berlin abgereist. Er macht noch dem Hofe von Neustrelitz einen Besuch. Die Verabschiedung von Wilhelm II. und dem Prinzen Heinrich erfolgte, wie es in einem Reporterberichte heißt, „durch mehrmalige Umarmung".

Dem Prinzen Heinrich wird von den amerikanischen Milliardären ein Frühstück gegeben werden. Unter den Veran-

Die Massenertränkungen bei Blagowestschensk.

Bei der Einschiffung der Truppen nach Chabarowsk kam es zum ersten Zusammenstoß. Dreißig Werst von Blagowestschensk entfernt, den Amur hinunter, befindet sich die kleine chinesische Stadt Aigun. Als am 12. Juli das russische Militär an diesem Städtchen vorbeifuhr, hinderten dies die Chinesen in keiner Weise, ließen die Schiffe ruhig passieren, eröffneten aber Feuer auf den letzten Dampfer, auf dem sich die Munition befand, und nötigten ihn nach Blagowestschensk zurückzukehren.

Die Nachricht von diesem Vorfall rief in Blagowestschensk begreiflicherweise große Erregung hervor. Auf Anordnung des Kriegsgouverneurs Generalleutnant Gribsky wurde am 14. Juli eine außerordentliche Sitzung des Stadtrats einberufen, die über die zu ergreifenden Sicherungs-Maßregeln der Stadt beriet. In dieser Sitzung teilte der Gouverneur den Anwesenden mit, daß bei ihm bereits die Vertreter der am Orte ansässigen Chinesen erschienen seien, die ihn ebenfalls gefragt hätten, ob es für die chinesischen Unterthanen nicht besser wäre, sich beizeiten aus dem russischen Gebiet zu entfernen? Darauf — nach der eignen Mitteilung des Generalleutnants Gribsky — ließ er diese chinesischen Vertreter ihren Stammgenossen mitteilen, daß sie ohne Sorge auf dem russischen Gebiet verbleiben dürften, da sie sich in dem Großen Russischen Reiche befänden, dessen Regierung niemand erlauben werde, friedliche Ausländer zu belästigen.

Am Nachmittag des 14. Juli — die Sitzung hatte am Vormittag stattgefunden — begannen die Chinesen von Sachalian aus das Feuer aus Gewehren und Geschützen auf die Stadt zu eröffnen, das große Bestürzung hervorrief, obgleich diese Wirkung, wie sich im Laufe der Beschießung zeigte, eine recht minimale war.

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge lassen wir nunmehr den Augenzeugen selbst berichten:

In der Stadt und ihrer Umgebung wohnten seit jeher Chinesen und Mandschuren als Großkaufleute, Kleinhändler, Handwerker, Bedienstete, Tagelöhner. An der Peripherie von Blagowestschensk war ihnen ein besonderes Stadtviertel angewiesen, in dem alle Bauten vollkommen den eigenartigen nationalen Charakter trugen und das deshalb auch das „chinesische Viertel" hieß. Viele dieser Chinesen und Mandschuren lebten jahrzehntelang friedlich in unserer Mitte und erwiesen der Bevölkerung durch ihre Arbeit einen großen Nutzen. Fleißig bis in das Unglaubliche, bescheiden in ihren Bedürfnissen, hatten sich diese chinesischen Unterthanen durchaus durch keine größeren Vergehungen und nicht einmal durch kleine Uebertretungen irgendwie auffällig gemacht. Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit waren ihre allgemein anerkannten Charakterzüge, und in vielen größeren Anstalten, in verschiedenen Handelsfirmen, Unternehmungen, wie auch in Privathäusern verließ man sich bedingungslos auf die Chinesen als Angestellte oder Bedienstete, ihnen vollkommenes Vertrauen entgegenbringend. In vielen russischen Familien, die junge Chinesen als männliche Bedienung hatten, bekam man sie lieb wie Verwandte. Nicht selten kehrte man sie russisch und sie ergaben sich dieser Beschäftigung mit einem außerordentlichen Fleiße: über einem russischen Buche oder sich in russischem Schreiben übend, sahen sie bis nach Mitternacht und machten dank solchem Fleiß rasche Fortschritte.

Aber in der Mitte der kulturell tiefer stehenden Schichten der russischen Bevölkerung besaßen die Chinesen niemals besondere Sympathien. Das Volk sah in ihnen vor allem die Vertreter einer fremden Nation, die hartnäckig eine Verschmelzung mit der russischen vermied — denn bekanntlich ändern die Chinesen niemals, mit äußerst wenigen Ausnahmen, ihre Gebräuche und ihr äußeres Aussehen. Sodann zahlen die russischen Arbeiter in ihnen stets gefährliche Konkurrenten. Es wird allgemein anerkannt, daß, wenn die Chinesen nicht am Amur wären, der Lohn der russischen Bevölkerung bedeutend höher stände. Andrerseits ist aber zu konstatieren, daß viele Produkte, die früher durch ihre Billigkeit auch Unbemittelten zugänglich waren, enorm teuer wurden, als nach dem Kriege die billige chinesische Arbeit verschwand.

Aus diesen Ursachen, sowie einfach aus Roheit — und rohe Elemente finden sich ja in jedem Volke — passierte es nicht selten auch in der friedlichen Zeit, daß die Chinesen ohne die geringste Veranlassung ihrerseits bei Begegnungen auf der Straße von Russen in jeder Weise mißhandelt wurden; man stieß sie, prügelte sie, riß sie an den Zöpfen. Ueber einige besonders abscheuliche Fälle der Belästigung der demütigen, verängsteten Chinesen gelangten Mitteilungen auch an die lokale Presse.

Besonders häufig wurden die Vergewaltigungen der Chinesen nach der Verkündigung der Mobilisation am 23. Juni. Reservistenhaufen, die vom Lande während der Erntezeit zum Dienste einberufen wurden, überfüllten die Straßen der Stadt, manchmal stark betrunken, überfielen die Chinesen, mit denen sie zusammentrafen, und verprügelten sie unbarmherzig, ihnen zurufend: „Wegen Euch, Viehkerle, werden wir von der Arbeit und der Familie fortgerissen und in den Tod gejagt." In den Augen des gemeinen Mannes ist der Chinese überhaupt kein Mensch, sondern „das Vieh", „die Kreatur".

Schon am 14. Juli, als die Schiffe vom chinesischen Ufer ertönten, und die erschrockene Menge die Flucht ergriff, konnte man sehen, wie die Davonlaufenden die unglücklichen Chinesen, mit denen sie auf dem Wege zusammentrafen, mißhandelten. Die bemitleidenswerten Chinesen und Mandschuren irrten durch die Stadt, nach einem sichren Schlupfwinkel suchend. Am Abend des gleichen Tages kamen Fälle der Ermordung von Chinesen auf offener Straße vor. Durchaus kompetente Persönlichkeiten behaupten, daß die Polizeibeamten selber den Einwohnern den Rat gaben, die Chinesen zu töten, falls diese abends auf der Straße erscheinen sollten, denn viele äußerten die Befürchtung, daß die auf dem russischen Gebiet wohnenden Chinesen zur Unterstützung ihrer Stammesgenossen nachts die Stadt in Brand setzen könnten. Man vermutete auch, daß sich unter ihnen Anhänger der Boxer befänden. Darum kam die Idee auf, daß es notwendig sei, ernste Maßnahmen gegen die in Blagowestschensk und seiner Umgebung wohnenden Chinesen zu ergreifen. Die kaltblütigen und überlegenden Leute hielten es in dieser Beziehung für ausreichend, wenn man jene Chinesen, für welche die russischen Einwohner Bürgschaft leisten wollten — und solche hätten sich genug gefunden — diesen überließ, die übrigen Chinesen aber an einem Orte versammelte und unter Bewachung hielt. Doch die Ortsbehörden dachten anders.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020130-16/fragment/page=0002

staltern befinden sich: Pierpont Morgan, Abram Hewitt, William Rockefeller, James Stillmann, William Vanderbilt, Morris Jesup und andere.

Bischof Benzler von Metz befolgt den Auftrag, den Wilhelm II. ihm bei Bestätigung seiner Wahl gegeben hat. Am Geburtstage Wilhelms II. wurde in allen lothringischen Kirchen beim Hochamt ein Hirtenbrief des Bischofs verlesen, der alle Diözesanen zur Treue gegen Kaiser und Vaterland ermahnt.

Seiner „ferneren gnädigen Wohlgewogenheit" hat Wilhelm II. den aus dem Gumbinner Mordprozeß bekannten, zur Disposition gestellten General Finck von Finckenstein in einer Kabinettsordre versichert.

Der große Militärbefreiungsprozeß in Elberfeld wird, nachdem die von den Angeklagten eingelegte Revision zum Teil für begründet erachtet worden ist, am 3. Februar nochmals zur Verhandlung kommen. 13 Personen werden sich zu verantworten haben. Als Sachverständige sind vom Kriegsministerium beordert die Generalärzte Dr. Stricker und Kern, als Vertreter des Ministeriums erscheint wiederum Bezirkskommandeur von Oer. Für die Verhandlung sind 14 Tage in Aussicht genommen.

Einiger Ansichtspostkarten wegen wird in Oberschlesien ein Prozeß wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander eingeleitet werden. Es handelt sich um Karten, auf denen Vorgänge aus der Wreschener Schulprügelaffaire dargestellt sind.

Vor dem Kriegsgericht in Kiel stand gestern abermals der Leutnant v. Löwenfeld von dem untergegangenen Kreuzer Wacht. Er wurde von der Anklage der Mißhandlung freigesprochen, wegen zweimaligen Schlagens des Matrosen Kretschmann jedoch zu zweitägigem Kammerarrest verurteilt. Das Kriegsgericht erkannte einschließlich der früheren Strafen auf eine Gesamtstrafe von 10 Tagen Stubenarrest.

Ein Ehrengerichtsverfahren ist gegen den Handelsredakteur der Berl. Morgenpost, Georg Bernhard, vom Vorstand der Berliner Börse eingeleitet worden. Das Vergehen soll durch Mitteilungen über die Finanzlage der Dresdener Bank und andere sensationelle Andeutungen begangen sein.

Der Berliner Göthebund soll nach einer Mitteilung der Voss. Ztg., die als das Sprachorgan der Herren Sudermann und Fulda gilt, beabsichtigen, dem Kaiser für den Entschluß, der Stadt Rom ein Göthe-Standbild zu schenken, eine Huldigung darzubringen. Von einer eigens hierzu einberufenen Versammlung soll ein Danktelegramm an den Kaiser abgesandt werden.

Wir wären geneigt, die Mitteilung für einen schlechten Scherz anzusehen, wenn das bisherige Verhalten der Herren des Göthebundes zu der Annahme berechtigte, daß sie auch nur etwas Rückgrat besitzen.

Ausland.

Frankreich. Eine Verbesserung der Wasserstraßen, sowie einer Vermehrung derselben und der Ausbau der Seehäfen ist auf Grund eines Gesetzentwurfs beschlossen worden, der jetzt von der Kammer angenommen worden ist.

Italien. Ein räudiges Schaf. Die klerikale Partei und eine ganze Anzahl hochgestellter Geistlicher, die sich trotz der Warnung Christi vor den Schätzen, so da Motten und Rost fressen, im Besitze einer großen Menge schnöden Mammons befunden haben, haben einen schmerzlichen Verlust erlitten. Der Notar Borelli aus Turin nämlich, eine Säule der klerikalen Partei, ist nach Unterschlagung von 200 000 Lire auf und davongegangen und hat seine frommen Klienten in tiefer Traurigkeit zurückgelassen. Er wird steckbrieflich verfolgt.

Der Krieg in Südafrika.

Die Eisenbahnstation Bethelsroad ist von einer Abteilung Buren, der es gelang die Eisenbahn bei Graafreinet zu überschreiten, beschädigt worden.

Der englische General Bruce Hamilton überraschte am 25. Januar ein Burenlager zwischen Bethel und Ermelo. Die Buren verloren 2 Tote, 4 Verwundete und 82 Gefangene. Die Engländer hatten nur 3 Verwundete, — wenn man es glauben will.

2 Bataillone indischer Truppen sind wieder von Bombay nach Südafrika abgegangen.

Oestreich-Ungarn liefert trotz allen Neutralitätsversicherungen ruhig weiter Pferde an England. Einer der englischen Pferdekommissäre, der in Ungarn die Pferdeankäufe besorgt, soll nach Unterschlagung mehrerer 100 000 Kronen flüchtig geworden sein.

Zum Zollkrieg.

Aus der Zollkommission des Reichstages.

Die gestrige Sitzung bot ein total verändertes Bild. Jetzt „obstruieren" die Zollfreunde, an ihrer Spitze die Konservativen. Bekanntlich war von dem Nationalliberalen Beumer ein Antrag eingegangen, welcher für den Fall, daß mit einem anderen Staate Handelsverträge nicht abgeschlossen werden sollten, die Beibringung von Ursprungszeugnissen für die einzuführenden Waren verlangt. Der Antrag ist von großer Bedeutung; seine Verwirklichung käme einer Grenzsperre gleich. Die Regierung ist denn auch vernünftig genug, ihn zu bekämpfen. Aber die agrarischen Zollwucherer halten daran fest, so fest, daß es selbst ihren Verbündeten aus der Industrie Angst wird. Sie befürchten — und mit Recht! — daß dieser Antrag und andere ähnlicher Art, die zum Teil schon eingebracht sind, zum Teil noch eingebracht werden sollen, die Verhandlungen ins Unabsehbare verschleppen müssen. Gestern hat nicht nur der Zentrumsabgeordnete Speck seine Unterschrift unter diesem Antrag zurückgezogen, sondern sogar der Vater des Antrages, der Abg. Beumer. Graf Kanitz nahm den Antrag Beumer alsbald wieder auf und verschärfte ihn noch durch die Forderung, daß der Nachweis über den Ursprung der Waren für alle Artikel, also auch für die zollfreien, erbracht werden soll, „widrigenfalls die Zollabfertigung unterbleibt". Dieser agrarische Antrag Kanitz wurde auch vom Zentrumsabgeordneten Heim unterschrieben, während der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda und der freikonservative Abg. v. Kardorff ihre Unterschriften nicht hergaben. Abg. Beumer brachte einen Antrag ein, wonach, „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, für eingehende ausländische Waren dieselben Zölle angeordnet und dieselben Maßregeln verfügt werden können, die in ihrem Ursprungslande für eingehende deutsche Waren derselben oder entsprechender Art bestehen". Der nationallib. Abg. Heyl zu Herrnsheim stellte zusammen mit dem Abg. Gamp einen Abänderungsantrag, wonach bei der Einfuhr von Waren, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ein Ursprungsnachweis zu erbringen ist, widrigenfalls die Abfertigung zu dem höchsten Zollsatz stattfinden soll. Auch von anderer Seite wurden Abänderungsanträge gestellt, so daß schließlich in der Zolltarifkommission niemand mehr wußte, welche Forderungen zur Debatte standen, und auf Antrag des Ministers Möller und des Staatssekretärs v. Thielmann die Sitzung vertagt werden mußte, damit erst die Anträge gedruckt werden könnten.

An der sich daran anschließenden Debatte beteiligten sich — vorausgesetzt, daß der Bericht der Freis. Ztg., auf den wir angewiesen sind, richtig und vollständig ist — mit Ausnahme des Abg. Fischbeck nur Mitglieder der Zollmehrheit und Regierungsvertreter. Trotzdem also von unseren Genossen keiner das Wort nahm, kam man zu keinem Resultat. Die Debatte geht heute weiter und wird, wenn die Agrarier ihre Anträge nicht zurückziehen, wohl noch Wochen dauern können.

Katholische Arbeiter gegen den Zollwucher. Aus Essen wird der Leipziger Volkszeitung berichtet: Fast 2000 Personen, hauptsächlich Bergleute, hatten sich am Sonntag, trotz argen Schneegestöbers, im geräumigen Kaisersaal in Altendorf-Essen eingefunden, um den Reichstagsabgeordneten H. Sachße zu hören, der in wirkungsvoller Rede die Kämpfe im Reichstage um den Bergarbeiterschutz schilderte, wobei das Zentrum nicht beim besten wegkam; sehr darauffolgende Besprechung des Brotwuchers rief ebenfalls einen lebhaften Eindruck hervor.

Als nun ein katholischer Arbeiter seine Maßregelung am Tage vor Weihnachten schilderte, machte sich eine allgemeine Empörung Luft, denn es stellte sich bald heraus, daß er derselbe war, den der Fabrikant und Ehrenmitglied des christlichen Gewerkvereins, Math. Wiese, einen „grünen Jungen" nannte, weil er in einer Versammlung des „christlichen Volksvereins" gegen den Brotwucher auftreten wollte. Die Essener Volkszeitung — Leiter Kaplan Bürg — denunzierte ihn dann noch öffentlich, nannte Namen und Wohnort.

Nachstehende, von O. Hue eingebrachte Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die heutige, von nahezu 2000 Bergleuten besuchte Versammlung des Essener Reviers spricht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, insbesondere dem Abg. Sachse-Zwickau Dank aus für die energische Vertretung der Bergarbeiterforderungen und erwartet weitere Hilfe von dieser Seite zur Erreichung einer Reichsberggesetzgebung. Ferner spricht sich die Versammlung gegen das neue Zollgesetz aus, sie bittet die Vertreter des arbeitenden Volkes in der Zollkommission, in ihrem sehr dankenswerten Kampfe gegen die Brotwucherer nicht zu erlahmen, sondern die wichtige Vorlage nur recht gründlich zu beraten.

Die Versammelten erklären, bei der nächsten Reichstagswahl nur einem solchen Kandidaten die Stimme zu geben, der sich verbürgt, gegen alle Lebensmittelzölle und für den weitgehendsten Bergarbeiterschutz mannhaft einzutreten..

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Bis nach Mitternacht** währten am Sonnabend die Gerichtsverhandlungen, die in Breslau gegen den verantwortlichen Redakteur der Volkswacht, Genossen Klühs, stattfanden. Unsere „idealen" Preßverhältnisse hatten unserem Genossen nicht weniger als fünf Beleidigungsklagen auf einmal zugezogen. Einmal sollte er Richter und Staatsanwälte beleidigt haben. Für diesen Fall hatte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis beantragt. Genosse Dr. Liebknecht hatte die Verteidigung. Es wurde eine Freisprechung erzielt. Des weiteren wies das Sündenregister des Genossen Klühs folgende Schandthaten auf: Angebliche Beleidigung eines Amtsboten, Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz und Beleidigung eines Polizeiorganten in Königshütte. Für diese drei Fälle erkannte das Gericht auf eine Gesamtstrafe von 6½ Monaten, obwohl Genosse Klühs in der Angelegenheit des angeblich beleidigten Amtsboten selbst eine Berichtigung gebracht hatte. Die fünfte Sache mußte vertagt werden, denn es war 12½ Uhr nachts geworden, und Genosse Klühs sah sich gezwungen, dem Gericht zu erklären, daß er wegen vollkommener Körperlicher Erschöpfung den Verhandlungen nicht mehr folgen könne. Die fünfte Sache, angebliche Beleidigung von Richtern in Posen, wurde daher auf den 18. Februar vertagt.

Es lebe die Preßfreiheit! —

§ **Ursache und Wirkung in der Polizeipraxis.** Der Wahlverein in Geschwenda in Schwarzburg-Sondershausen, wo den Mädchen das Kneipen verboten ist, war aus seinem einzigen Versammlungslokale hinausgeworfen worden. Es war dem Wirte zum Bewußtsein gebracht worden, daß sein Verhältnis zur Polizei darunter leiden könnte. Nachdem so der Verein obdachlos gemacht worden, wird er vom Landrat verboten, weil er — kein Versammlungslokal habe!

Die Geschwendger thun aber der Polizei doch nicht den Gefallen, sich aufzulösen; sie gehen einfach über die Grenze nach dem etwas angerüteten Gotha und dort hat ein fürstlich sondershäusischer Landrat nix to seggen.

§ **Freigesprochen** wurde von der Strafkammer in Rudolstadt der stellvertretende Redakteur des Saalfelder Volksblattes, Genosse Wagemann. Derselbe war auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches angeklagt, Staatseinrichtungen verächtlich gemacht zu haben, und zwar den — Militarismus, indem er eine Notiz nachdruckte, in welcher die Postenschießerei in sachlichster Weise kritisiert wurde. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt und versuchte den Nachweis der Strafbarkeit des Artikels aus der Tendenz früherer Volksblattnotizen, mit denen der Angeklagte absolut nichts zu thun hatte, nachzuweisen, jedoch, wie die Freisprechung zeigt, mit wenig Glück.

§ **Wegen Beleidigung eines Bäckermeisters** wurde Genosse Picker in Mannheim, Redakteur des dortigen Parteiblattes, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, mit ihm zugleich ein anderer Genosse, der in einer Bäckerversammlung die Zustände in dem Betriebe des betreffenden Meisters kritisiert hatte. Picker hatte den Bericht über die Versammlung veröffentlicht. Es waren verschiedene Unsauberkeiten in der Backstube aufgezählt worden, wovon zwar das meiste, aber nicht alles bewiesen werden konnte.

Parteinachrichten.

— **Unsere Parteipresse.** Anfang des neuen Jahres verfügte die sozialdemokratische Partei Deutschlands über eine wissenschaftliche Wochenschrift: Die neue Zeit, sowie neben dem Zentralorgan Vorwärts, Berliner Volksblatt, über 51 täglich, 8 dreimal wöchentlich, 3 zweimal wöchentlich und 8 wöchentlich einmal erscheinende politische Blätter. Ferner erscheint noch Der ostpreußische Landbote (Königsberg) monatlich zweimal und Die Fackel (Berlin) und Der Bauernfreund (Hanau) monatlich einmal. Zusammen also 74 politische Blätter. Hierüber zwei Witzblätter: Süddeutscher Postillon und Wahrer Jakob. An illustrierten Unterhaltungsblättern verfügt die Partei über Die freien Stunden und Die neue Welt. — Die Gewerkschaftspresse ist folgendermaßen vertreten: Dreimal wöchentlich erscheint: Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer. Wöchentlich erscheinen 30, monatlich dreimal 1, alle 14 Tage erscheinen 22, monatlich einmal 9 Blätter, zusammen 63 Blätter.

Gewerkschaftliches.

Der Gautag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für den 7. Gau (Vorort Magdeburg) wurde am Sonntag in Magdeburg abgehalten. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß in Kalbe eine Filiale und Zahlstelle des Verbandes errichtet worden ist. Dagegen sind die Zahlstellen in Oschersleben und Möckern eingegangen, ebenso in Aken. Die Krise hat auch auf die Mitgliedschaft der noch bestehenden Filialen nachteilige Einwirkungen ausgeübt. Bedauert wurde die mangelhafte Ausfüllung der Fragebogen für eine Statistik über den Stand der Organisation an den einzelnen Orten. Am Schlusse des Jahres 1900 waren 2077 Mitglieder im Gau vorhanden, am Schlusse des 1. Halbjahres 1901 dagegen 2055.

In den Ausstand getreten sind in Remscheid 250 Deckenweber der Fabrik von van Heeks wegen Lohnkürzung. Wenn die Streikenden bis zum 1. Februar die Arbeit nicht zu den von der Fabrikleitung festgesetzten Bedingungen aufnehmen, sollsämtlichen 2500 Arbeitern der Fabrik gekündigt werden.

Die ausgesperrten Töpfer in Möhlau führen ungebrochen den Kampf gegen die hartnäckigen Unternehmer weiter.

Der Streik auf dem Emaillierwerk Jansen in München-Gladbach steht noch auf demselben Flecke wie vor zehn Wochen, trotz des scharfen Auftretens der Polizei, welche die Streikposten von der Straße weg verhaftet. Die Verhafteten wurden aber vom Schöffengericht freigesprochen, weil Streikpostenstehen nicht verboten werden dürfe.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Der letzte Tag

zur Einsichtnahme in die Wählerliste ist der **30. Januar.** Sichere sich also jeder Wahlberechtigte noch am morgigen Tage sein Wahlrecht. Wenn er dies versäumt, darf er unter keinen Umständen an der Wahl teilnehmen. Wahlberechtigt ist bekanntlich jeder Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeinde-Abgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten, innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitze einen Jahresbetrag von mindestens 3 Mk. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, Schlafburschen ist das Wahlrecht durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abgesprochen worden.

Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeinde-Wahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuße zu sein braucht; es ist nur erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Aus unserem Leserkreise gehen uns Beschwerden zu, daß einzelne Gemeindevorsteher sich geweigert haben, einen Wähler auch die Namen anderer Wahlberechtigten nachsehen zu lassen. es giebt nun keine gesetzliche Handhabe, die betr. Gemeindevorsteher zur Gestattung dieses Verfahrens zu zwingen. Es bleibt in diesem Falle schon nichts anderes übrig, als daß jeder Einzelne Wahlberechtigte Einsicht in die Wählerliste nimmt bezw

Grosser

Räumungs-Ausverkauf.

Alle Artikel, welche besonders der Mode unterworfen, sind, um damit gänzlich zu räumen zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf gestellt. Ausserdem sind in verschiedenen Abteilungen grosse Posten zusammengestellt, welche weit unter Einkaufspreis zum Verkauf gelangen.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S.,

Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020130-16/fragment/page=0003

nehmen läßt. Zieht der Ortsvorsteher diese oftmalige Störung vor, dann ist es seine Sache.

In anderen Orten wiederum sollen die Listen überhaupt nicht ausgelegt worden sein. Wir ersuchen unsere Genossen, wo dies der Fall ist, sich einfach zum Ortsvorsteher zu begeben und die Auslegung zu fordern bezw. gleich Einsicht in die Wählerliste zu nehmen.

Nehme also jeder Wahlberechtigte den morgigen Tag noch wahr und sichere sich sein Wahlrecht.

Eingesandt aus Bitterfeld.

An die Arbeiter von Bitterfeld, welche Mitglieder des hiesigen Konsum-Vereins sind.

Genossen! Sonntag, den 2. Februar, findet in Stadt Berlin eine Konsum-Versammlung statt, in welcher ein Schriftführer gewählt werden muß. Wir fordern die Genossen auf, in dieser Versammlung zu erscheinen und dafür zu sorgen, daß ein Arbeiter mit in den Vorstand gewählt wird. Ueberhaupt ist von den Arbeitern immer eine schwächliche Haltung beobachtet worden. Sehen denn die Genossen es nicht ein, daß wir mit unserer Presse ebenso berechtigt sind, wie die bürgerliche Presse? Sorgt dafür in der Versammlung, daß die Bekanntmachungen des Vereins auch im Volksblatt inseriert werden. Wir verlangen nicht, daß die Beamten das Volksblatt lesen, aber die können auch nicht verlangen, daß wir dem Verein zuliebe sollen auf unser Volksblatt verzichten. Darum bietet sich für jeden, dem seine Arbeiterpresse ans Herz gewachsen ist, am Sonntag Gelegenheit, dafür einzutreten, Daß das Volksblatt ebenfalls bedacht wird. Daher ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, dafür zu sorgen, daß ein Arbeiter in den Vorstand gewählt wird. Die Versammlungen finden immer in bürgerlichen Lokalen statt, warum wird nicht auch eine Versammlung einmal bei Oelzners abgehalten? Denkt man vielleicht, daß die Herren dort gebissen werden oder daß das Ansehen des Vereins darunter leiden würde? Im Gegenteil, die Arbeiter würden sehen, die Verwaltung will jedem gerecht werden, und das würde den Verein nur fördern. Wir verlangen nicht alle Versammlungen in Oelzners Lokal, nein, wenn es nach der Reihe gehen soll, so muß es auch so gehalten werden, daß jeder Partei Gerechtigkeit widerfährt.

Und Ihr Arbeiter, die Ihr noch nicht im Konsum-Verein seid, warum zögert Ihr mit Eurem Beitritt? Es wird doch jedem sehr leicht gemacht, daß er beitreten kann. Beweisen es nicht die Stadtverordnetenwahlen? Die Geschäftsleute, die nur vom Arbeiter leben, ziehen ihm das Fall über die Ohren, darum müßten alle Arbeiter dem Vereine beitreten. Wenn wir die Mehrzahl Mitglieder sein werden, so können wir weiter darüber sprechen, was wir machen wollen. Darum hinein in den Konsum-Verein und unsere Interessen hochgehalten!

Ein Mitglied des Konsum-Vereins.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 45 Abs. III des Krankenversicherungsgesetzes wird hierdurch für

Montag den 3. Februar cr. abends 8 Uhr im Galerie-Saale des Restaurants „Mars la Tour“, Gr. Ulrichstraße 10, 1 Tr., eine

General-Versammlung

der Mitglieder der **Ortskrankenkasse für die im**

Steinsetzergewerbe

zu Halle a. S. beschäftigten Personen anberaumt.

Tagesordnung:

1. Herabsetzung der Kassenleistungen, Erhöhung der Kassenbeiträge oder Auflösung bezw. Schließung der Kasse.
2. Eventl. Vorstandswahl.

Die Herren Arbeitgeber sowie die Herren Kassenmitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Halle a. S., den 28. Januar 1902.

Der Magistrat.
Staude.

Gesangverein „Freiheit.“
Sonntag den 2. Februar abends 8 Uhr im „Burg-Theater“
10. Stiftungsfest
bestehend in **Konzert und Ball.**
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Gesangverein „Liederkranz.“
Sonnabend den 1. Februar abends 8 Uhr
Maskenball
im **„Wintergarten“.**
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Osborgs Bellevue.

Mittwoch den 5. Februar
großer Elite-Maskenball.
Näheres wird noch bekannt gegeben.

The Original-
Bicycle-Rennfahrer-Compagnie
5 Rennfahrer
auf einer eigens auf der Bühne errichteten
Rennbahn mit 65° Steigung.
Grösste sensationelle Sportneuheit für Deutschland.

Zeitzer Bade- u. Massage-Anstalt
Pestalozzistraße. **Gustav Scholz.** Pestalozzistraße.
Geöffnet von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Achtung!

Es ist schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, dass bei Geldsendungen stets zu schreiben ist:

G. Schmidt, Volksbuchhandlung, Geiststr. 21.

Die Post zahlt niemals Geld aus, wenn es blos heisst Volksbuchhandlung, Halle, das Geld bleibt auf der Post liegen, der Absender wird erst gefragt, ob das Geld für G. Schmidt, Volksbuchhandlung, bestimmt ist, was aber 20 Pf. kostet, sowie auch oft unliebsame Verspätungen nach sich zieht, namentlich bei Geldsendungen, wo auf dem Postabschnitt erst die Bestellung steht, für die das Geld bestimmt.

J. A.: **Gustav Schmidt.**

Soeben **neu** erschienen:
Landgemeinde-Ordnung
für
die preußische Monarchie.
Preis 30 Pf. Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Selbstgekochtes Pflaumenmus
à Pfd. 25 Pf.,
Rübensaft
à Pfd. 20 Pf.,
Kandis-Syrup
à Pfd. 18 Pf.,
Stärke-Syrup
à Pfd. 16 Pf.,
ff. Margarine
à Pfd. 70 Pf., offeriert
A. Trautwein
Große Ulrichstraße 31.

Zucker-Syrup,
fein schmeckend u. süß, à Pfd. **15 Pf.**
H. W. Haacke, Gr. Klausstr. 16.

Mit dem Versand unseres rühmlichst bekannten
Bockbieres
beginnen wir Sonnabend den 1. Februar.
Hallesche Aktien-Bierbrauerei.

Stadt-Theater Halle a. S.
Donnerstag den 30. Januar 1902
137. Vorst i. P.-Ab. 97. Abonn.-Vorst.
1. Viertel. Farbe weiß.
Samson und Dalila.
Große Oper in 3 Aufzügen von **Saint-Saëns.**

Freitag den 31. Januar 1902
Abends 7¼ Uhr:
138. Vorst. i. P.-Ab. 41. Vorst. außer Ab.
2. Viertel.
Einmal. Gastspiel der Prima ballerina
dell'Era
vom königl. Opernhause in Berlin.
Cavalleria rusticana.
Oper in 1 Akt von Pietro Mascagni.
Ich heirate meine Tochter
Lustspiel in 1 Akt von Groß v. Trockau.
Der Kurmärker und die Picarde.
Genrestück in 1 Akt von L. Schneider.

Walhalla-Theater
Direktion: **Richard Hubert.**
Nur noch 2 Tage!
Gastspiel
Saharet
und das übrige
großartige Programm.
Erhöhte Preise.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Trothaer Turn-Verein.
Unser Maskenball

findet **Sonntag d. 2. Febr. im Gasth. zum roten Adler** statt, wozu ergeb. einladet D. Vorst.
Anfang 7 Uhr abends.
Eintrittskarten sind im Lokal zu haben.

R. Wagners Restaurant,
Zeitz, Voigtstraße.

Sonnabend den 1. u. Sonntag den 2. Februar
großes humoristisches
Bockbierfest.
Hierzu ladet ergebenst ein
R. Wagner.

Alle Sorten Därme
sowie **Schweinelebern** in prima Ware empfehlen
Gebrüder Manasse, Leipzigerstr. 82, am Leipziger Turm. Telephon 823.

Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Poller**
am Riebeckplatz, nächste Nähe vom Haupt-Bahnhof.
Nur noch 3 Tage!
Mlle. Bollero,
die bildschöne spanische Verwandlungs-Tänzerin.
Europa in seinen National-Tänzen.
Pompöse Kostüme.
Prachtvolle Ausstattung.
William Orford's Wunder-Elefanten
Die größte Attraktion einer Varietee-Bühne.
Brothers Damm,
die urkomischen Akrobaten.
Allabendlich stürmischer Applaus.
La belle Lorraine,
mit ihren Posen nach berühmten Meisterwerken, nebst
dem übrigen Schlagerprogramm.
Alcide Alberti, Rügammer, Mira de Dolinda, Frères Pascoli, Velograph mit seiner Serie **„Blaubart“.**
Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.
Donnerstag den 6. Februar
grosses
Elite-Maskenfest
in den sämtlichen, prachtvoll dekorierten Räumen des
„Apollo-Theaters“.

Große Nutz- u. Brennholz-Auktion.
Spiegelgasse 12 soll Donnerstag den 30. Jan. vorm. 11 Uhr sämtliches Holz und Bretter versteigert werden.

Abbruch
Geiststr. 22 sollen billig verkauft werden: Mauersteine und Stücken, Brennholz in Körben u. Fuhren u. v. m.

Grosse Auswahl neue billige
Möbel!
Um schnell zu räumen **Sofas von 25 Mk. an, Kleiderschränke v. 20 Mk. an, Vertikows v. 35 Mk. an, Tische v. 8 Mk. an, Stühle v. 2½ Mk. an, Spiegel v. 3 Mk. an, Bettstellen v. 8 Mk. an, Muschelbettst. 16 Mk., Matratz. 10 Mk., Küchenmöbel, Buffets, Schreibtische staunend billig.**
Siegm. Rosenberg,
Geiststraße 21, 1 Treppe.

Bei quälenden Husten, Verschleimung und dergl. gebrauche man den
echt russ. Knöterich
von **Oskar Scherff, Leipzig-Gohlis.** Preis 50 Pf. und 1 Mk. Verkauf bei **Oskar Ilschner,** Gr. Ulrichstr. 40.

Narren-Kappen
originell und billig.
C. F. Ritter
Leipzigerstraße 90.

Wegen Aufgabe des Ladens Gr. Ulrichstr. 48 findet daselbst
Ausverkauf von Zigarren
u. s. w. zu bedeutend ermäßigten Preisen statt.

„De Wet“,
hochfeine Zigarre, 10 Stück 35 Pf.
ff. Rippentabak Pfd. 20 Pf.
ff. Kautabak von Nottrodt & Co. empf.
Otto Rosenbaum, Merseburgerstr. 43.

Soeben erschien:
Simplicissimus
Nr. 45.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Fleisch- u. Wurstwaren.
Billig!! **Gänsepökelfleisch Pfd. 60 ₰**
Leberwurst „ 60 „
Rotwurst „ 65 „
Fleischwurst „ 75 „
ff. westfälischer Schinken. Billig!!
Richard Schinke, Steinweg 33.

Pfeifenteile
zu haben **Merseburgerstr. 43.**

2 Gebett Betten, einschl. 14 Mk., zweischl. 28 Mk., Ober-, Unterbett und Kissen zu verk. **Geiststr. 21,** 1 Tr.

Ganz Halle für 20 Pf.
wieder vorrätig in der
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Schneiderinnen
auf Kostüm-Röcke geübt, für unser Atelier gesucht.
Gebr. Sernau.

Zwei Lehrlinge, welche die Drechslerprofession erlernen wollen, können nächste Ostern in die Lehre treten bei **Robert Günscher,** Drechslermeister, **Teuchern.**

Ein Paar graugefütterte Knaben-Leder-Stiefeln, in einem graulein. Beutel, auf d. Wege von der Albrechtstraße nach dem Stadtgymnas. verloren. Geg. Bel. abzug. Kirchthor 19.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: **August Groß.** — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621902013 0-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 25 — Halle a. S., Donnerstag den 30. Januar 1902 — 13. Jahrg.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 29. Januar.

Straßenreinigung und Bodenreform.

Die Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt wird gegenwärtig in den kommunalen Vereinen und mehr noch in den Hausbesitzerzusammenkünften lebhaft erörtert. Da die Absicht besteht, den Hausbesitzern die Kosten der Straßenreinigung, die sie bis jetzt jeder einzeln zu tragen hatten, auch ferner zuzuschieben, ist es erklärlich, daß die „Bescheidenen" Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um der Allgemeinheit diese Kosten aufzuladen. Sie haben deshalb auch schon die sämtlichen kommunalen Vereine zusammengetrommelt, um Stimmung dafür zu machen, daß der Vorschlag der Straßenreinigungs-Kommission, bei der gleichzeitigen Abfuhr von Müll und Asche von den Hausbesitzern 10 Pf. pro Quadratmeter Straßenkehrfläche zu erheben, abgelehnt wird. Leider lassen sich die kommunalen Vereine vor den hausbesitzerlichen Wagen spannen, da in ihren Kreisen die Hausbesitzer in der Mehrzahl sind. Eine dieser kombinierten Versammlungen in den Kaisersälen nahm deshalb folgende Resolution an:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit der baldigen Uebernahme der Straßenreinigung nebst Schnee- und Eisabfuhr einschließlich der Bürgersteige durch die Stadtverwaltung einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Kosten durch die allgemeinen städtischen Einnahmen einschließlich der Umsatzsteuer gedeckt werden. Von einer neuen Besteuerung des Hausbesitzes ist abzusehen und die Ausführung an qualifizierte Unternehmer in Form einzelner Kehrbezirke zu übertragen. Von einer städtischen Abfuhr von Hausmüll und Asche ist bis auf weiteres abzusehen."

Wir werden in den nächsten Tagen das magistratliche Projekt der Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt einer längeren Erörterung unterziehen, wobei wir heute schon bemerken, daß wir zwar mit der Uebernahme der Reinigung in städtische Regie durchaus einverstanden sind, keineswegs jedoch damit, daß die entstehenden Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Nun hat kürzlich die hiesige Ortsgruppe des Bundes deutscher Bodenreformer an den hiesigen Magistrat das Ersuchen gerichtet, der Besteuerung der unbebauten Grundstücke näher zu treten. Diese Forderung wird von den Bodenreformern wie folgt begründet: Die Besteuerung der unbebauten Grundstücke soll künftig nach dem sogen. gemeinen oder Verkaufswert erfolgen und nicht mehr nach dem jeweiligen Nutzungswert. Getroffen sollen damit die Bauspekulanten werden, nicht etwa die Haus- und Grundbesitzer. Die vorgeschlagene Besteuerung soll die bisher künstlich von der Bebauung ausgeschlossenen und zurückgehaltenen Grundstücke rascher der Bebauung zuführen und so dem immensen Bodenwucher in den Großstädten einen Damm entgegensetzen. Sie würde auch ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit sein, da durch sie die Werterhöhung des Bodens nicht dem Bauspekulanten allein, sondern der Allgemeinheit ebenfalls zu gute käme. Es wird in der Eingabe dann noch auf das Beispiel Düsseldorfs verwiesen, woselbst nach Einführung dieser Besteuerungsart der Steuerertrag des unbebauten Bodens von 24 500 Mk. auf 202 000 Mk. gestiegen sei.

Unsere Partei wird sich den Forderungen der Bodenreformer gegenüber keineswegs ablehnend verhalten; ob aber die Eingabe bei dem Kollegium der Stadtverordneten auf große Gegenliebe stoßen wird, möchten wir bezweifeln. Warum — darum!

Kröllwitzer Papierfabrik.

Erst in drei Tagen soll laut polizeilicher Anweisung die Papierfabrik den Sulfatbetrieb einstellen. So berichtet wenigstens die Saale-Zeitung. Es ist recht schlecht bestellt mit unseren Preßverhältnissen in Halle, daß derartige die Oeffentlichkeit stark interessierenden behördlichen Maßnahmen nicht auf dem Wege der direkten Bekanntmachungen in den Tagesblättern zur weiteren Kenntnis kommen, sondern daß vielmehr nur die guten Kinder des Magistrats auf nichtamtlichen Wege davon unterrichtet werden.

Die Millionenaufträge der Halleschen Maschinenfabrik.

Als kurz vor Weihnachten, so schreibt uns der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, die bürgerlichen Blätter die Nachricht von großen Aufträgen brachten, die diese Fabrik erhalten habe, knüpften dieselben daran die Bemerkung, daß die Entlassenen nun wieder volle Beschäftigung erhalten würden. Wie es hiermit in Wirklichkeit aussieht, läßt sich am besten beurteilen, wenn man weiß, daß von annähernd 50 aus der Kesselschmiede Entlassenen bis jetzt noch keiner wieder eingestellt ist und die noch Beschäftigten nur 8 Stunden arbeiten und dann außerdem noch abwechselnd 2—3 Wochen aussetzen müssen, wovon einzelne besonders oft getroffen werden. Rücksicht auf große Familie oder andere Verhältnisse wird da nicht genommen. Beachtenswert ist, weshalb trotz der vorhandenen Aufträge in diesen Werkstätten keine Arbeit ist. Man läßt nämlich verschiedene Blecharbeiten in Köthen und Dresden anfertigen; so wurde am Mittwoch eine Lowry Blech, die bereits auf dem Hofe der Halleschen Maschinenfabrik abgeladen war, wieder aufgeladen und nach Dresden weiter transportiert. Es geschieht dies, weil man dort die Arbeiten angeblich billiger hergestellt bekommt, wie hier. Daß darunter die hiesigen Arbeiter leiden müssen, kümmert natürlich die Direktion nicht. Wie es scheint, ist das ganze Streben der neuen Direktion darauf gerichtet, unter allen Umständen ebenso viel Prozente herauszuschlagen, wie es die alte fertig gebracht hat. Bei diesem Bestreben muß natürlich alle Rücksicht auf die Arbeiter schwinden, denn dann gilt nur das Interesse der Aktienbesitzer.

* **Tariftreue eines Unternehmers.** Man schreibt uns: Die Töpfer in Halle hatten im Jahre 1899 einen Lohntarif mit den Arbeitgebern vereinbart, welcher vom 1. September 1899 auf ein Jahr Gültigkeit hatte, aber je 1 Jahr weiter in Kraft bleibt, wenn derselbe nicht 3 Monate vorher gekündigt wird. Der Töpfermeister Böhme hat diesen Tarif mit unterschrieben, stellte aber in voriger Woche an seine Gesellen das Ansinnen, die auf dem Bau Ehrhardt, Goethestraße, zu setzenden altdeutschen Oefen, weil der Herr Böhme die Arbeit zu billig angenommen hat, entgegen dem Tarif in Lohn oder in Akkord, aber für 25 Mark, zirka 5—7 Mark weniger, zu setzen. Da der Herr bei seinen organisierten Gesellen damit nicht durchkam, machte er einem sogenannten Kleinmeister den Vorschlag, die altdeutschen Oefen für ihn in Lohn zu setzen. Da derselbe aber 30 Mark pro Stück verlangte, wurde aus der Sache nichts.

Als nun am Montag drei seiner Gesellen zu ihm kamen und wissen wollten, wo sie nun anfangen sollten, sagte Herr Böhme, ich weiß gar nicht, was Sie hier wollen, der Herd, der noch zu machen war, ist abbestellt und die Arbeit auf dem Bau kriege ich ohne Sie fertig, da brauche ich Sie nicht. Die betr. Kollegen und die Lohnkommission halten dies für eine Maßregelung, weil dieselben die altdeutschen Oefen nicht unter dem Tarif machen wollten.

Gerade Herr Böhme war 1899 dafür, daß altdeutsche Oefen nicht mehr, wie bis dahin in Lohn, sondern in Akkord gemacht werden sollen, weil der Arbeitgeber angeblich keinen genauen Kostenanschlag der Kundschaft gegenüber aufstellen kann, weil er niemals wüßte, wie viel er an Arbeitslohn zu zahlen hätte, und jetzt, wo jeder Ofen speziell tarifiert ist, verrechnet sich der Herr Böhme doch noch und will nun diese Differenz am Arbeitslohn sparen, entweder durch niedrigeren Akkord oder durch Lohn, also ein Tarifbruch, wie er nicht klarer liegen kann. Auch gegen die Position des Tarifes, Maßregelungen finden nicht statt, hat sich der Herr vergangen, wenn er erklärt, zu der Arbeit bei Reineke brauche ich Sie dann auch nicht.

Die Lohnkommission wird versuchen, mit dem Herrn Böhme zu verhandeln, die eventuell zu ergreifenden übrigen Schritte bleiben der Bestimmung der am Sonnabend, den 1. Februar, bei Kautzsch stattfindenden öffentlichen Töpferversammlung, zu der der Gauleiter, Kollege Ruprecht Gera, erscheint, vorbehalten und ersuchen wir alle Kollegen, dafür zu sorgen, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht wird, damit die Versuche des Herrn Böhme, den Tarifvertrag zu durchbrechen, energisch zurückgewiesen werden können. P.

* **Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung** des Regierungsbezirks Merseburg befindet sich nach einer Bekanntmachung des Vorsitzenden, Reg.-Rat Tuerke, zu Merseburg im Schlosse, Eingang innerer Schloßhof, zweite Thür rechts. Die Geschäftsstunden sind werktäglich auf die Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt. Als ärztliche Sachverständige, welche bei den Verhandlungen nach Bedarf hinzuzuziehen sind, hat das Schiedsgericht folgende Herren gewählt: a) in Merseburg 1., kgl. Reg.- und Medizinalrat Dr. med. Benkert, 2., kgl. Kreisarzt Dr. med. Schneider, 3., prakt. Arzt Dr. med. Brohmann in Merseburg; b) in Sangerhausen 1., prakt. Arzt Sanitätsrat Dr. med. Nuernberg, 2., kgl. Kreisarzt Dr. med. Panzer in Sangerhausen; c) in Torgau 1., kgl. Kreisarzt, Medizinalrat Dr. med. Geitzler, 2., prakt. Arzt Dr. med. Keil in Torgau.

× **Straßenbahnunfall.** Gestern abend gegen 6 Uhr wurde in der Trinitätsstraße, an der Ecke der Adolfstraße, ein Mann von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt. Es soll der Kellner Harnisch sein. Er wollte während der Fahrt aufspringen, rutschte jedoch am Trittbrett ab und geriet unter die Räder, die ihm einen Fuß abtrennten. Man brachte ihn in die Klinik. Dem Motorwagenführer soll eine Schuld nicht beizumessen sein, vielmehr schiebt man der schlechten Beleuchtung an dieser Stelle die teilweise Ursache zu.

* **Die Glauchaerstraße** ist wegen Vornahme von Arbeiten von gestern ab vom Moritzzwinger bis zum Steg bis auf weiteres gesperrt.

* **Stadttheater.** Das Programm für den Gastspielabend der Madmoiselle dell'Era am kommenden Freitag wird folgendes sein: Cavalleria rusticana; hierauf Tanz-Einlage der Künstlerin: An der schönen blauen Donau von Joh. Strauß. Dann das reizende Lustspiel: Ich heirate meine Tochter von G. v. Trockau; hierauf der kürzlich zum erstenmale aufgeführte neuartige Tanz Gavotte und zum Schluß das Genrestück Kurmärker und Picarde. Das Madmoiselle dell'Era nicht bloß Tanzkünstlerin sondern auch Schauspielerin ist, hat sie in dem zuletzt genannten Theaterstück bewiesen, in welchem sie die Rolle der Picarde spielte und zwar mit großem Erfolge, so daß sie das lustige Stückchen aufs neue zu großen Ehren brachte. — Die für das Gastspiel vorbestellten Billets sind bis Donnerstag mittag der Kasse zu entnehmen. — Es findet nur dieses eine Gastspiel der Madmoiselle dell'Era statt.

Merseburg. Lokalpatriotische Schmerzen. Der Provinziallandtag sollte von Merseburg nach Magdeburg verlegt werden. Darob großes Trauern bei dem Merseburger loyalen Bürgertum und Jubel bei den Magdeburgern. Nun kommt die für die Merseburger fröhliche Kunde, daß der Kaiser den Wunsch geäußert habe, den Provinziallandtag in Merseburg zu lassen, weil die Stadt durch die Verlegung des 12. Husaren-Regiments einen bedeutenden Verlust erlitten habe. Diese Kunde erregt aber wieder die höchste Betrübnis in den Kreisen des Magdeburger Spießertums, das eine Position seines monarchischen Gefühles vorzunehmen droht, falls die hochedlen Herren Landräte und hochweisen Bürgermeister der Provinz nicht in Magdeburgs Mauern tagen sollten. — Dergleichen Aeußerlichkeiten machen dem Bürgertum Beschwerden. Die herrschende Arbeitslosigkeit und die schwere sozialpolitische Verantwortung jeder einzelnen Kommune können es aber nicht aus seiner Ruhe bringen.

o. **Zeitz.** Volksversammlung. Die Versammlung am Montag abend war zwar leidlich gut besucht, immerhin hätten aber noch viele Personen erscheinen können, der Raum hätte zugelangt. Die Genossin Frau Kähler aus Dresden schilderte in eingehender Weise den Schaden, den die arbeitende Bevölkerung durch die Einführung des jetzt dem Reichstage vorliegenden neuen Zolltarifs haben würde. An der Hand eines reichhaltigen Materials gab die Rednerin wiederholt Bilder der größten Armut und des größten Elends auf der einen, des größten Luxus und der Verschwendungssucht auf der anderen Seite. Die Rednerin ermahnte zum Schluß — unter lebhaftem Beifall — zum Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation. In die Diskussion griff nur der Vorsitzende Genosse Leopoldt ein. Im Verschiedenen machte er auf die am **Montag, den 3. Februar,** stattfindende **Stadtverordnetenstichwahl** aufmerksam. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sollen für diese Wahl dergestalt agitieren, daß alle Arbeiterwähler an diesem Tage zur Wahl gehen. An diesen Punkt schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der von verschiedenen Rednern namentlich Vorkommnisse aus dem Krankenhause geschildert wurden. Betont wird zum Schluß, den bekannten Genossen, besonders aber dem Genossen Kämpfe diese Dinge mitzuteilen, damit sie bei geeigneter Gelegenheit gerügt werden können. Nach Erledigung einiger andrer Sachen erfolgte Schluß der lebhaft verlaufenen Versammlung um 11 Uhr.

g. **Weißenfels.** Versammlungsauflösung. Die Korbmacher in Korbetha hatten für Sonntag, den 26. Jan., eine öffentliche Korbmacherversammlung durch eingeschriebenen Brief bei dem Amtsvorsteher Zehe in Wengelsdorf angemeldet. Der überwachende Gendarm forderte bei der Eröffnung die Bescheinigung über die Anmeldung welche aber noch nicht eingegangen war. Die Versammlung wurde aufgelöst, als der Einberufer zur Bureauwahl schreiten wollte. Nun, wir werden sehen, ob die nächste Versammlung dasselbe Ende nimmt.

e. **Hohenmölsen.** Ein Bekehrter. Vielen Parteigenossen wird noch bekannt sein, daß vor Jahren ein gewisser K. W. mit in unsern Reihen kämpfte. Er war damals Führer des Fachvereins der Bergarbeiter und zum Knappschaftsältesten gewählt worden. Dieser Herr hat sich nun nach langen Jahren besonnen und ist dem Kriegerverein beigetreten, um seine Interessen dort besser vertreten zu können. Nun wäre ja an der Sache weiter nichts, denn jedem für sein Geld, was ihm schmeckt. Es hat aber dieser Herr bei der ersten Versammlung des Kriegervereins in einer Rede seiner Freude Ausdruck gegeben, daß er endlich das Joch der Sozialdemokratie von sich geworfen habe und wieder fest zu Kaiser und Reich stehe. Das hat bei älteren Kriegervereinlern verschnupft, und einer derselben meinte zu mir, der W. hätte sich doch längst schon können melden, wahrscheinlich komme er jetzt so schnell wegen der Festtafel zu Kaisers Geburtstag. Vertrauen hat er bei seinen neuen Kameraden nicht viel gefunden. Das „Joch der Sozialdemokratie" hätte er schon längst können abschütteln; wir hätten ihn vor drei Jahren so wenig daran gelindert wie jetzt. Daß er erst jetzt sein wahres Herz entdeckt hat, dafür können wir doch nichts. Hoffentlich holt der Bekehrte die für sein Seelenheil versäumte Zeit dadurch ein, daß er nunmehr recht fleißig auf die schnupft, mit denen er früher Schulter an Schulter kämpfte.

Halberstadt. Eine Falschmünzerwerkstätte ist von der Kriminalpolizei in der Tannenstraße entdeckt worden. Zahlreiche Zweimarkstücke und andere Falsifikate wurden beschlagnahmt. Der Inhaber der Wohnung, wo sich die Werkstätte befand, wurde verhaftet.

Wittenberg. Auch ein „China-Andenken". Kürzlich wurde ein Vizefeldwebel getraut, wobei die Braut ein prachtvolles Kleid aus chinesischer Seide trug. Den Stoff zu diesem Kleide, schweren, großblumigen weißen Damast, hat der Bräutigam, der bei der Chinatruppe gestanden hat, seiner Braut von dort mitgebracht. — Derartige „Andenken" sollen ja mitunter sehr billig gewesen sein.

Magdeburg. Was das Bürgertum zuweilen unter Wohlthätigkeit versteht. Unser Magdeburger Bruderblatt hat Kenntnis erhalten von einer Postkarte, die an die städtische Arbeiter-Kolonie in Magdeburg gerichtet war. Auf der Karte war zu lesen:

„Hierdurch teile Ihnen ergebenst mit, daß ich ca. ½ Ctr. grüne Heringe zu lagern habe, welche inzwischen alt geworden sind und möchte Sie daher höfl. bitten, dieselben abholen zu lassen, möglichst morgen Sonnabend noch, da ich befürchte, solche gehen noch zur Verwesung über.

Im voraus besten Dank Hochachtend

G. P., Fischhandlung."

Die in Verwesung begriffenen Heringe sind auch in der Kolonie abgeliefert worden. Allein der Inspektor handelte korrekt und litz das Zeug auf den Düngerhaufen werfen. Bezeichnend ist es aber für den christlichen Wohlthätigkeitssinn gewisser bürgerlicher Kreise, daß sie die Not und Hunger leidenden Mitmenschen mit den ekelhaftesten Sachen beglücken wollen.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Güldenstern wurde der Arbeiter Hanckwitz überfahren und erlitt einen schweren Beinbruch. — Das Abbrennen von Feuerwerk zur Kaisersgeburtstagsfeier kostete einem 12jährigen Knaben in Hohenmölsen ein Auge. — Im Eisenwerke zu Lauchhammer wurde einem jungen Former ein Auge mit einem glühenden Eisen ausgebrannt.

Zustände in der Fabrik von Blanke u. Co.

Merseburg, den 28. Januar.

Zu einem Eldorado des Profits, wie es wohl wenige in Deutschland geben dürfte, hat sich die hiesige Maschinenfabrik und Eisengießerei von Blanke u. Co. entwickelt. In einer am Sonnabend von ca. 200 Metallarbeitern besuchten öffentlichen Versammlung in der Funkenburg referierte Genosse Mittag über die Zustände in der Fabrik und geißelte das Gebaren der Firma, die sich nicht scheut, die Notlage der Metallarbeiter gerade jetzt ganz besonders zu ihrem Vorteil auszubeuten, was die Versammlung durch Annahme einer Resolution gebührend verurteilte.

In der Ausbeutung der Arbeiter scheut die Firma vor keinem Mittel zurück und giebt den Stummschen Praktiken nicht das geringste nach. Um weniger erwachsene gelernte Arbeiter beschäftigen zu müssen, betreibt sie vorzüglich die Lehrlingszüchterei und sucht daher jetzt auf allen Wegen Lehrlinge. Wie sie es aber versteht, dieselben auszunutzen, zeigt nachstehender Lehrvertrag.

§ 1. Die Lehrzeit dauert mit Einschluß einer Probezeit von 12 Wochen **vier Jahre.** Die durch den Lehrling versäumten Arbeitstage sind durch entsprechend längere Lehrzeit nachzuholen. Das Lehrverhältnis kann während der ersten 12 Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden.

§ 2. Der Lehrling ist seinen Vorgesetzten gegenüber zu willigem Gehorsam verpflichtet, er hat **alle** Aufträge zu erledigen und Handleistungen zu verrichten, die auf das Geschäft Bezug haben. Im übrigen hat sich der Lehrling der in der Fabrik geltenden Arbeitsordnung zu unterwerfen und den darin enthaltenen Vorschriften unbedingt nachzukommen.

§ 3. Der Lehrling ist verpflichtet, bei Beginn des zweiten Lehrjahres der Fabrikkrankenkasse der Firma C. W. Blanke u. Co. beizutreten. Die Firma verpflichtet sich, dem Lehrling bei Erkrankung im ersten Lehrjahre freie ärztliche Behandlung durch einen der Blankeschen Fabrikkrankenkassen-Aerzte zu gewähren, sowie freie Arznei aus derjenigen Apotheke, mit welcher die Blankesche Fabrikkrankenkasse in Geschäftsverbindung steht. (Krankengeld giebt es nicht. D. B.)

§ 4. Der Lehrling hat sich pünktlich zu der lt. Arbeitsordnung vorgeschriebenen Zeit in der Fabrik an seinem Arbeitsplatze einzufinden. Nach vollendetem 16. Lebensjahre ist der Lehrling auch verpflichtet, sobald in der Fabrik über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird, **in den Ueberstunden mitzuarbeiten,** falls dieses erforderlich erscheint.

§ 5. Die Firma (folgt Name) verspricht, dem Lehrling Gelegenheit zu bieten, sich zu einem tüchtigen Arbeiter ausbilden zu können.

§ 6. Lehrgeld beansprucht die Firma nicht, vielmehr gewährt sie dem Lehrling mit Beginn des 2. Lehrjahres eine entsprechende Vergütung. (Im ersten Jahre muß er also umsonst arbeiten. D. B.) Von diesem Zeitpunkt ab werden dem Lehrling für seine Arbeiten entweder diejenigen Akkordsätze vergütet, welche in der Fabrik für die Lehrlinge festgesetzt sind (Aehnliche Beträge in der Höhe, wie für Gefangene in Gefängnissen. D. B.) oder die Firma behält sich vor, dem Lehrling einen seinen Leistungen und seiner Führung entsprechenden Lohn zu zahlen. Die Höhe dieses Lohnes zu bestimmen **bleibt der Firma allein überlassen.** (Es ist vorgekommen, daß für eine Woche 50 Pfg. ausgezahlt wurden. D. B.)

§ 8 behandelt den Besuch von Kirche und Fortbildungsschule

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020130-16/fragment/page=0005

und kann der Raumersparnis halber in seinem Wortlaut weggelassen werden.

§ 9. Nach Ablauf der **Probezeit kann der Lehrling vor Be**endigung der vereinbarten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der in § 123 der Gewerbeordnung vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet, oder wenn er die in § 127a der Gewerbeordnung auferlegten Pflichten wiederholt verletzt, oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.

§ 10. **Falls die Firma das Lehrverhältnis auflöst, weil der Lehrling die Lehre unbefugt verläßt, so ist der Lehrling ohne weiteres zur sofortigen Zahlung einer Entschädigung von 50 Mk. an die Firma verpflichtet.** Für die Zahlung der Entschädigung ist — folgt der Name vom Vater des Lehrlings — als Selbstschuldner mitverhaftet.

§ 11. Das Lohn, welches der Lehrling von der Firma bei der plötzlichen Auflösung des Lehrverhältnisses noch zu fordern hat, wird **zur Deckung** obiger Entschädigung mit verwandt.

§ 12. Die Kontrahenten entsagen allen Einwendungen und haben diesen Kontrakt selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben. (Folgen die Unterschriften.)

Wir glauben, dieses Monstrum von Lehrvertrag ist unter aller Kritik, und wir wollen daher auf solche auch verzichten. Bemerkt sei noch, daß auch Lehrer in der Schule etwas vorgelesen haben sollen, um die betreffenden Kinder der Firma als Lehrlinge zuzuführen. Während der Correspondent, das hiesige Organ für allen möglichen Brei, sonst von jedem Stadtklatsch Notiz nimmt, schreibt er von der stattgefundenen Versammlung, die sich mit den Praktiken der Firma Blanke u. Ko. befaßte, kein Wort. Daraus geht wieder hervor, wessen Interessen das Blatt vertritt.

Versammlungsberichte.

Zentralkrankenkasse der Maurer u. s. w.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Versammlung am 19. d. gab der Bevollmächtigte bekannt, daß im vierten Quartal verstorben sind die Mitglieder Wilh. Pabst und Frau Hora. Die Abrechnung aufs 4. Quartal ergab 2026.97 M. Einnahme und 1879.38 M. Ausgabe, mithin 147.59 M. Bestand. Die Jahresrechnung betrug

Einnahme	7182.69 M.
Ausgabe	7035.10 „
Bestand:	147.59 M.

An die Hauptkasse wurden voriges Jahr 400 M. eingeschickt aber 1200 M. wurden von ihr hergesendet, mithin war eine Mindereinnahme von 800 M. zu verzeichnen. — Die Sterbekasse balanciert im 4. Quartal mit 165.85 M., ihre Jahresrechnung mit 268.80 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden gewählt: Franz Westphal, Bevollmächtigter, Bernh. Stude, Kassierer, Wilhelm Martin, Schriftführer, August Beck, Heinrich Wolf und Karl Leopold Revisoren. Als Delegierte zur 13. General-Versammlung wurden Stude und Wolf vorgeschlagen. W. M.

Merseburg.

Sonnabend, den 25. Januar, tagte in der Funkenburg eine gutbesuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung, in welcher Kollege Brandes-Magdeburg über Krach und Krise referierte. Er erläuterte den Anwesenden, wie notwendig es ist, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, da es nur dadurch möglich ist, den Lohnabzügen, sowie den herrschenden Mißständen entgegenzutreten. Der Referent erntete am Schluß seines Vortrages reichlichen Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Brandes, voll und ganz einverstanden. Sie nimmt Kenntnis von der schon bestehenden Arbeitslosigkeit.

Angesichts solcher Thatsachen protestiert die Versammlung ganz energisch gegen die Maßnahmen der Regierung resp. des Junkertums, in Gestalt der Einführung eines Brotwuchers zu gunsten der Junker. Sie ladet der Regierung die volle Verantwortung auf, wenn das arbeitende Volk durch solche Maßnahmen zu Verzweiflungsthaten getrieben wird. Die Versammelten versprechen, soweit sie dieses noch nicht gethan haben, sich ihren Organisationen anzuschließen, da nur stramme und festgefügte Organisationen im stande sind, den Arbeitern in den Zeiten einer allgemeinen Arbeitslosigkeit einen festen Rückhalt zu gewähren."

Zum 2. Punkt: Ueber die Mißstände in der Fabrik von C. W. Julius Blancke u. Ko., Merseburg, hatte Genosse Otto Mittag das Referat übernommen. (S. Artikel in heut. Nummer.)

Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die in der Funkenburg tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt die Zustände in der Blanckeschen Maschinenfabrik und Eisengießerei für ganz außergewöhnlich und der Firma nicht zur Zierde gereichend. Sie erblickt in der dort eingeführten Lohndrückerei in Anbetracht der Krisis eine Ausbeutung der Notlage der Metallarbeiter, die da zeigt, daß es der Firma nur darum zu thun ist, auf alle Fälle den größtmöglichsten Profit aus den Beschäftigten zu ziehen."

Die nächste Versammlung, in welcher Mitglieder aufgenommen werden, findet Sonntag, den 2. Februar, früh 11 Uhr in der Funkenburg statt.

Mögen nun die Metallarbeiter das vom Referenten Gesagte beherzigen und sich Mann für Mann dem Metallarbeiter-Verband anschließen, dann wird auch die Zeit kommen, wo diese Mißstände nicht mehr in so krasser Weise herrschen können.

Eingeg. 29. 1. H. Sch.

Bau- und Erdarbeiter.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht in Nr. 24 des Volksblattes soll es nicht heißen: „aber nicht mit Wohnungsangabe", sondern „mit Wohnungsangabe, aber nicht nach Straßen geordnet". L. B.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 28. Januar.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung war der Landwirt Albert Nagel aus Dölau angeklagt. Er soll am 14. August vorigen Jahres verschuldet haben, daß sich die Arbeiterin Stone ein Glied des Zeigefingers von der rechten Hand abquetschte. Nagel ließ sein Getreide auf der Dreschmaschine des Gutsbesitzers Meißner dreschen, wobei zwei Frauen und der erwachsene Sohn des N. innerhalb der Scheune behilflich waren, während der jüngere Sohn N.s draußen die Pferde antrieb. Als die Maschine einmal stehen geblieben war, die am betreffenden Tage öfter in Gang gebracht werden mußte, ging der Angeklagte zu den Pferden, und der ältere Sohn des N. rief, es sollte einmal angedreht werden. Frau Stone faßte in das kleine Zahnrad, von dem der Schutzkasten abgenommen worden war und wollte andrehen. In demselben Augenblick wurden die Pferde angetrieben, und der Frau wurde das Glied abgerädert. Der Angeklagte bestreitet, den Betrieb übernommen zu haben und nach Ansicht des Gerichtshofs konnte durch die stattgefundene Beweisaufnahme nicht genügend aufgeklärt werden, daß der Angeklagte der verantwortliche Leiter gewesen ist. Es erfolgte Freisprechung.

Verworfen wurde die Berufung des Glasers Theodor Schenk aus Liebertwolkwitz, der wegen Unterschlagung und Betrugs zu 50 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte dem Glasermeister Wolf Materialien und Gerätschaften abgekauft und diese, obgleich sich Wolf des Eigentumsrecht vorbehalten hatte, bis alles bezahlt war, verkauft.

Zusammenstöße mit der Straßen- und Stadtbahn brachten den Geschirrführer Franz Selle aus Morl und den Droschkenkutscher Wilde von hier wegen fahrlässiger Gefährdung auf die Anklagebank. Selle war am 13. September in der Reilstraße und Wilde am 28. Oktober in der Merseburgerstraße mit einem Motorwagen zusammen geraten. In dem einen Falle war ein Schaden von 12 Mk., in dem anderen ein solcher von 4 Mk. entstanden. Beide Angeklagten wurden zu je 15 Mk. Geldstrafe ev. 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Roheitsvergehen. Die Arbeiter Hugo Mortan, Paul Mangold und Gustav Hoffmann aus Merseburg vergriffen sich am Abend des 22. September an dem Arbeiter Schierack, den sie am Halse würgten und erheblich mißhandelten. Als dann der Versicherungsinspektor Beilicke dem Mißhandelten zu Hilfe kam, wurde er ebenfalls geprügelt. Das Schöffengericht in Merseburg hatte Mortan und Mangold zu je 2 Monaten Gefängnis und Hoffmann zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. — Erfolg mit ihrer Berufung hatten der Drechsler Gustav Steinbrück, der Kernmacher Karl Becker und der Handarbeiter Wilhelm Tauche, ebenfalls sämtlich von Merseburg. Sie waren vom dortigen Schöffengericht Steinbrück zu 4 und Becker und Tauche zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie eines Abends auf der Straße einen Stationsgehilfen und einen Bahnsteigschaffner mißhandelt hatten. Das Gericht erniedrigte Steinbrücks Strafe auf 55 Mk. ev. 11 Tage Gefängnis, Tauches Strafe auf 20 Mk. ev. 4 Tage Gefängnis und sprach Becker frei.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Sittenbild aus Berlin W. entrollte eine Verhandlung, die vor wenigen Tagen vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Angeklagt war der Schriftsteller Schulze wegen versuchter Erpressung. Ende der achtziger Jahre bis zum Jahre 1901 war der damals 23 Jahre alte Angeklagte, der ein feines, sympathisches Aeußere besitzt, Hauslehrer bei den Kindern eines Kommerzienrats. Die jetzt 45jährige Ehefrau des letzteren trat mit dem Angeklagten in Beziehungen und war so leichtsinnig, demselben eine ganze Anzahl von Briefen zu schreiben, durch die sie schwer kompromittiert werden mußte. Die als Zeugin vernommene Frau behauptet, daß sich der Angeklagte ihr mit List genähert und sie nach und nach ganz in seine Hände bekommen habe. Sie habe ihm nach und nach viel Geld geben müssen und erst später eingesehen, welch gefährlicher Mensch die Gewalt über sie erhalten habe. Sie sei für ihren Leichtsinn schwer bestraft worden und habe lange Zeit totkrank darnieder gelegen. R.-A. Morris als Verteidiger des Angeklagten bestritt, daß die Annäherung von diesem ausgegangen sei. Die Briefe seien der Gegenbeweis, ebenso die Thatsache, daß der Angeklagte auf ihren Wunsch seine damalige billige Stube im quartier latin aufgegeben und zwei Zimmer im Westen gemietet habe.

Im Herbst 1891 verlangte der Angeklagte von der Frau Kommerzienrat, nachdem er schon vorher große Summen erhalten und auf ihre Kosten seine Studien beendet hatte, die Summe von 18000 Mark unter der Drohung, daß er im Falle der Nichtzahlung die kompromittierenden Briefe ihrem Ehemanne aushändigen werde. Damit war dem Faß der Boden ausgestoßen. Der Hauslehrer gab seine Stellung auf und siedelte nach Freiburg i. Br. über, die Frau Kommerzienrat aber war in der Notlage, nunmehr ihrem Ehemann alles zu gestehen und dessen Verzeihung für ihren Schritt vom Wege zu erbitten. Der Angeklagte wurde von Freiburg herüber zitiert, und von dem Kommerzienrat mit Ausdrücken der Empörung über sein schändliches Verhalten überschüttet. Er forderte die sofortige Herausgabe der Briefe, widrigenfalls er die nötigen Konsequenzen ziehen müßte. Der Angeklagte gab denn auch eine Anzahl Briefe heraus, es blieben aber „aus Irrtum" noch 5 bis 7 Briefe in seiner Hand, die er erst später vorgefunden haben will. Der Angeklagte behauptet, daß bei den Verhandlungen mit dem Kommerzienrat er diesem gesagt habe, daß er etwa 18000 M. Schulden habe, die ihm aus dem Verkehr mit der Frau angeblich entstanden seien. Nach seiner Behauptung habe der Kommerzienrat bei dieser Gelegenheit die Verpflichtung übernommen, diese Schulden zu bezahlen was von der anderen Seite entschieden bestritten wird. Wegen dieser 18000 Mark strengte der Angeklagte, als er 1896 aus Makedonien, wohin der Kommerzienrat ihn spediert hatte, zurückgekommen war, Zivilklage an. Als die Sache in der zweiten Instanz war, schickte der Angeklagte eine auf den Zivilstreit bezügliche pikante Notiz an mehrere Zeitungen, bat um Aufnahme und stellte in Aussicht, daß demnächst eine den Thatbestand des Prozesses berührende pikante Broschüre erscheinen würde. Die Zeitungen haben die Notiz des Erpressers nicht aufgenommen, einige haben vielmehr den Kommerzienrat davon in Kenntnis gesetzt. Dasselbe that der Vertreter der Trautweinschen Buchhandlung, als der Angeklagte mit dem Ansinnen an ihn herantrat, die Broschüre, die auch die Briefe enthielt, zu verlegen. Auf Grund dieser Vorgänge wurde, nachdem die Zivilklage abgewiesen worden war, das Verfahren wegen Erpressung gegen Schulze eingeleitet. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, wobei er die niedrige Gesinnung des Angeklagten in Berücksichtigung zog, auf der anderen Seite aber auch anerkannte, daß der größte Teil der Schuld auf seiten der um 12 Jahre älteren Frau liege. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Hamburg. Großfeuer brach in der Sonntag-Nacht auf der Schiffswerft von Blohm u. Voß aus und zerstörte die mächtige Anstreicherwerkstatt und den Oelkeller. Die Feuerwehr gab Wasser aus acht Röhren von drei Zügen und vier Löschdampfern aus während vier Stunden. Ein im Nachbardock liegender Dampfer wurde gerettet.

Leipzig. Die Kriminalpolizei verhaftete in der vergangenen Nacht den Postsekretär Paul Wiesing vom Hauptfernsprechamt in Berlin, der nach Unterschlagung von 22000 M. flüchtig geworden war.

Dresden. Der wegen bedeutender Unterschlagungen flüchtige Kassierer des Dresdener Zentraltheaters, Schulz, ist in Zürich verhaftet worden.

Vermischtes.

* **Schiffsuntergang.** Der englische Dampfer Bothal ist im Sturm an der portugiesischen Küste untergegangen. 31 Mann der Besatzung sind durch den deutschen Dampfer Patagonien gerettet und nach Oporto gebracht worden.

* **Ein neues antiseptisches Mittel.** Am Sonntag machte in der Sitzung der Accademia medica zu Rom der Professor und Senator Durante Mitteilungen über die in seiner Klinik mit einem neuen vom Professor und Senator Paterna entdeckten antiseptischen Mittel Tarchiolo gemachten Versuche. Dieselben hätten erwiesen, daß die antiseptische Kraft des Tarchiolo eine sehr große, dem Sublimat weit überlegene sei; die Resultate seien derartig, daß man das Tarchiolo als das kräftigste bisher bekannte antiseptische Mittel ansehen könne, welches für die Wissenschaft von größtem Werte sein werde.

* **Gegen die Milchfälscher** führt die Pariser Polizei gegenwärtig einen energischen Feldzug. Gestern hat dieser ein Opfer gefordert. Ein Milchhändler, dessen Kühe von der Polizei wegen angeblicher Krankheit beschlagnahmt worden waren, hat Selbstmord verübt, indem er sich die Gurgel durchschnitt.

* **Vergiftung aus Versehen?** Auf dem Schlosse de la Grillere (Frankreich) wurden der Graf de Bethune und seine Gäste infolge eines Versehens des Koches, welcher eine Sauce mit Salmiak angerichtet hatte, vergiftet. Der Graf starb sofort, während die Gäste schwerkrank darnieder liegen.

* **Familientragödie.** In Tourcoing erschoß ein Ehemann auf einem öffentlichen Platze seine Frau und sodann sich selbst.

* **Von dem Luftschiffer Santos Dumont** meldet die Frankf. Ztg. aus Monte Carlo: Santos Dumont unternahm am Montag auf Einladung des Fürsten eine Versuchsfahrt mit seinem Luftballon. Er umkreiste zehnmal den Meerbusen von Condamine und kehrte in sieben Minuten unversehrt zur Auffahrtsstelle zurück.

* **Selbstvergeltung.** Vor einigen Tagen erschoß, wie wir bereits kurz gemeldet, in Neapel der Steuerinspektor Dellafranci den Grafen del Balzo auf offener Straße. Als Ursache wird jetzt folgendes bekannt: Der Graf del Balzo hatte die 19jährige Tochter des Steuerinspektors verführt und aus dem elterlichen Hause entführt. Er wurde, weil das Mädchen minderjährig, in Haft genommen, versprach aber die Heirat und wurde deshalb wieder entlassen. Später weigerte er sich, sein Versprechen zu erfüllen und daher Dellafrancis Rache.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 29. Jan. **Grünberg gewählt!** Nach Telegrammen des Vorwärts und der Volkszeitung hat Genosse Grünberg insgesamt **11714** Stimmen erhalten, Vogel 5924, Sachße 5213 Stimmen. Grünberg ist demnach mit einer Majorität von **577** Stimmen gewählt.

— Der Vorwärts veröffentlicht einen Erlaß des Reichsmarineamts vom 6. Januar, wonach im Reichstag im Winter 1904/5 eine **Novelle zum Flottengesetz** vorgelegt werden soll. Diese Novelle wird sich nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken. Die beizulegende Begründung wird erst im Schiffsbauplan für die nächsten fünf Jahre, 1906—1910, einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesamtmarine innerhalb dieser Bauperiode geben.

— Der englische Minister Balfour hat gestern im Unterhaus angekündigt, daß die holländische Regierung seit vorigem Sommer bereits der englischen Regierung **Friedensvorschläge** der Buren vorgelegt habe, welche die englische Regierung gegenwärtig in Erwägung ziehe. Hierzu meldet der L.-A. aus London, daß die von Balfour erwähnten Friedensvorschläge im Parlament und in den Klubs gestern **ungeheures Aufsehen** erregten. Obwohl man in den informierten Kreisen annehme, daß diese Friedensverhandlungen nicht unmittelbar zum Ziele führen würden, sei die Stimmung doch gehoben, da die Thatsache, daß jetzt seitens der Buren direkt oder indirekt um Frieden gebeten wird, für ein günstiges Symptom der Aufgabe des Widerstandes gelte. Man nimmt an, daß die Vorschläge der holländischen Regierung das Resultat der Reise des holländischen Premierministers nach London seien.

Von anderer Seite wird jedoch erklärt, daß die europäische Burenvertretung der ganzen Sache fern steht.

An die Parteigenossen in Hohenmölsen.

Wie vielen von Euch bekannt, haben sich auch die hiesigen Arbeiter aufgerafft und eine Zahlstelle des Sozialdemokratischen Vereins gegründet. Bisher stand uns ein Lokal, in dem wir unsere Interessen vertreten konnten, nicht zur Verfügung. Ich teile Euch nun hierdurch mit, daß der Wirt unseres Bahnhofsrestaurants, Herr Bliedtner, sein Lokal zu gewerkschaftlichen sowie zu politischen Versammlungen zur Verfügung stellt.

Parteigenossen! Hat dieses Lokal auch keinen großen Versammlungssaal, so genügt es uns doch, und wir müssen dieses Lokal unterstützen, was zu thun nunmehr jedes Genossen Pflicht ist. Auch muß sich jeder Parteigenosse der politischen Organisation anschließen und kann sich schon jetzt bei mir melden. Nächstes Jahr haben wir die Reichstagswahl, da muß jeder schon jetzt arbeiten, damit wir nicht anderen Orten nachstehen. Laßt uns also nach Kräften den Verkehr nach dem Bahnhofs-Restaurant konzentrieren.

Albin Heinold,
Vorsitzender des Soziald. Vereins.

Briefkasten der Redaktion.

B. B. 999. Nach § 811 der Zivilprozeßordnung unterliegen nicht der Pfändung: Die Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, das Haus- und Küchengeräte insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind. — Um Ihnen nun noch mitzuteilen, welche Möbelstücke in Ihrem Haushalt gepfändet werden können, muß man wissen, was Sie alles besitzen.

Zwintschöna. Dagegen läßt sich nichts machen. Sorgen Sie dafür, daß diejenigen Wahlberechtigten, für welche Sie das Nachsehen nicht mehr übernehmen konnten, noch persönlich die Einsicht in die Wählerliste vornehmen.

H. W. 13. Nach § 54 scheidet alle zwei Jahre aus jeder Klasse ein Drittel der Gemeindeverordneten aus; die Ergänzung der Gemeindevertretung erfolgt durch die Neuwahlen, welche im März vorzunehmen sind. — Lassen Sie im übrigen die Leute reden und sorgen Sie mit ihren Freunden dafür, daß in der 3. Klasse nur Sozialdemokraten gewählt werden.

Quittung.

Zeitz. Für die Partei gingen ein: Von einem Genossen aus Aue 50 Pfg. H. Winkler.

Standesamtliche Nachrichten

Halle (Nord, Burgstr. 38), den 28. Januar.

Aufgeboten: Schlosser Berschmann und Emma Deutschbein (Gr. Wallstr. 20 u. Ludw. Wuchererstr. 63).

Eheschließungen: Maler Eckardt und Anna Lehmann (Köthenerstr. 10 u. Böllbergerweg 59). Maurer Becker u. Emilie Lüdicke (Eichendorffstr. 14 u. Körnerstr. 50).

Geboren: Buchhalter Prinz S. (Wittekindstr. 7). Schlosser Zille S. (Hohestr. 21). Tapezierer Neumann T. (Hohestr. 17). Kutscher Thomas T. (Wittekindstr. 5). Malermstr. Thürmann T. (Klosterstr. 4). Instrumentenmacher Steinführer S. (Friedrichstraße 27). Zeichner Rudolph S. (Göbenstr. 3). Arbeiter Schlotte T. (Trothaerstr. 78).

Gestorben: Fleischermstrs. Köhler S., 10 M. (Georgstr. 9). Privatmann Stange, 77 J. (Lessingstr. 23). Kochfrau Naundorf, 66 J. (Steg 16). Wwe. Pfeiffer, 67 J. (Weißenburgstr. 8). Wwe. Zschaege, 73 J. (Schillerstr. 38).

Halle (Süd, Steinweg 2), den 28. Januar.

Aufgeboten: Musiker Franke und Friederike Mühling (Unterteutschenthal und Fienstedt). Rangierer Weber und Luise Garleb (Halle a. S. und Kelbra). Rangierer Werner u. Marie Jung (Halle a. S. und Dölau).

Eheschließungen: Arbeiter Gerlach und Elsbeth Angermann (Mittelwache 3 und Wolfstr. 24).

Geboren: Arbeiter Bonk S. (Liebenauerstr 15). Drechsler Berger T. (Liebenauerstr. 159). Kaufmann Lange S. (Beesenerstraße 8). Barbier Wilke T. (Hackebornstr. 3). Lackierer Hase T. (Delitzscherstr. 76). Former Angerstein S. (Lerchenfeldstr. 5). Former Laue S. (Thomasiusstr. 31). Handlungsgehilfen Losse T. (Delitzscherstr. 75). Markthelfer Franke S. (Taubenstr. 4). Maler Rodius S. (Steinbocksgasse 5). Markthelfer Becker T. (Zwingerstr. 29). Tischler Jänicke S. (Wörmlitzerstr. 103). Markthelfer Marx T. (Brunoswarte 28).

Gestorben: Kernmachers Nowak T., 4 J. (Klinik). Handlungsgehilfens Losse T., 5 Stdn. (Delitzscherstr 75). Der Hospitalit Rosenstock, 87 J. (Hospital).

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020130-16/fragment/page=0006